

JAHRESBERICHT 2012

○ Wien

○ Niederösterreich

○ Burgenland

JAHRESBERICHT 2012

SRO_peripher – Szenarien der räumlichen Entwicklung	3
Smart City&Region - Pilotstudie	19
Einpendler nach Wien – achsenbezogene Untersuchung der Park&Ride Potenziale	24
Verkehrsthemen im Rahmen der PGO-Plattform Regionalverkehr	36
centropeMAP, centropeSTATISTICS	37
Zukünftige EU-Fördermöglichkeiten für städtische Agglomerationen	40

SRO_peripher: Szenarien der räumlichen Entwicklung

Die im Jahr 2010 begonnenen Arbeiten am Projekt SRO_peripher wurden 2012, aufbauend auf den bisherigen Modulen: Strukturanalyse, Motivationsanalyse und Potenzialanalyse, mit der Erarbeitung von **Szenarien der räumlichen Entwicklung** abgeschlossen.

Das Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien und das Institut für Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung der Universität für Bodenkultur Wien haben im Auftrag der PGO im Rahmen eines partizipativen Szenarioprozesses drei verschiedene Entwicklungsvarianten ausgearbeitet und dargestellt und ergänzen damit die vorangegangenen Analysen mit ihrem Fokus auf die Vergangenheit und Gegenwart.

Szenarien zeigen mögliche Entwicklungspfade und Stellschrauben auf, über die steuernd auf die Entwicklung eingegriffen werden kann. Mit diesem Wissen können EntscheidungsträgerInnen für die gegebene Problemstellung auch langfristig adäquate Maßnahmenpakete schnüren. Sie wollen aufzeigen, wohin sich das Untersuchungsgebiet in Abhängigkeit von unterschiedlichen Interventionen auf Landes-, Regions- und Gemeindeebene entwickeln könnte. Damit sollen Entscheidungsgrundlagen bereitgestellt werden, um die Region auf die Zukunft vorzubereiten.



Der **qualitativen** Herangehensweise sind **quantitative** Analysen und Berechnungen zur Seite gestellt. Die Fortschreibung der Bevölkerungsentwicklung sowie die Analyse von Raster- und Binnenwanderungsdaten dienen zusammen als quantitativ-raumbezogene Grundlage um aufzuzeigen, wo sich im Untersuchungsgebiet gegenwärtig Siedlungsstrukturen oder demographische Konstellationen befinden, die eine günstigere oder ungünstigere Ausgangslage für eine künftige nachhaltige Entwicklung darstellen.

Die quantitative Analyse steht dabei nicht „über“ dem qualitativen Teil dieser Szenarientwicklung. Sie allein kann nur rohes Zahlenmaterial darüber liefern, in welcher Bandbreite sich Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung wahrscheinlich abspielen werden. Über die tatsächlichen Konsequenzen bzw. Qualitäten der Entwicklungsvarianten kann sie jedoch nur sehr bedingt etwas aussagen. Beide Methoden „erden“ sich also gegenseitig und ergeben im Zusammenspiel plausible und nachvollziehbare Szenarien.

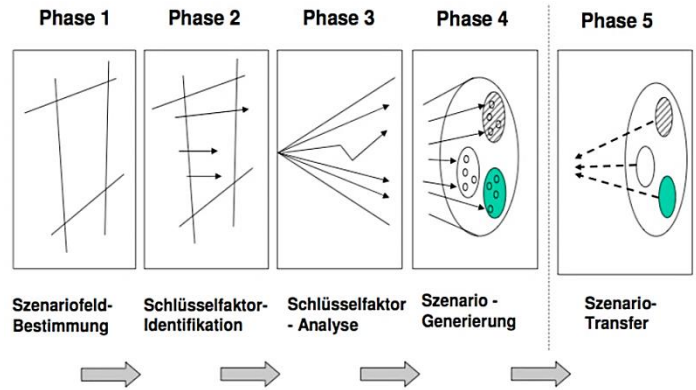
Eine vergleichende Bewertung der Handlungsmöglichkeiten in best- oder worst-case Szenarien wird nicht erfolgen. Vielmehr sollen drei plausible, aber sehr divergierende Entwicklungspfade für die Projektregion aufgezeigt werden. Darstellung und Diskussion der Entwicklungsalternativen sollen so eine Grundlage für Entscheidungen und erforderliche weitergehende Planungen auf Landes-, Regions- und Gemeindeebene bieten.

Qualitative Analyse und Phasen der Szenarienbildung im Überblick

Phase 1: Szenariofeldbestimmung

In einer in der PGO eingerichteten, gemeinsamen Projektgruppe wurden die Projektziele und das Szenariofeld räumlich, zeitlich und inhaltlich definiert. Der **Zeithorizont für diese Szenarien wurde auf 2030** festgelegt.

Inhaltlich erfolgte eine Konzentration auf die **demographische Entwicklung** (Bevölkerungszahl, Bevölkerungsstruktur, Siedlungsstruktur, inter- und intraregionale Migration) in Abhängigkeit von Interventionsmöglichkeiten auf Gemeinde, Regions- und Landesebene.



Der Szenarienprozess (nach Kosow und Gaßner 2008)

Phase 2: Identifikation von Schlüsselfaktoren

Es wurden jene Indikatoren identifiziert, die Einfluss auf die Wanderungsbewegungen bis 2030 haben können. Vorbereitend erfolgte eine literaturbasierte Zusammenstellung von Einflussfaktoren. In einem Workshop der Projektgruppe wurde diese Zusammenstellung um das implizite Expertenwissen ergänzt. Die Einflussfaktoren wurden erfasst, systematisiert, gebündelt und gewichtet.

Für die demographische Entwicklung der Region wurden so **elf Einflussfaktoren** identifiziert, die nach dem Ranking auf **sechs Schlüsselfaktoren** eingegrenzt wurden. Dabei war man darauf bedacht, dass die Schlüsselfaktoren zumindest teilweise durch Gemeinden, Regionen oder Länder steuerbar sind.

Schlüsselfaktoren	Sonstige Einflussfaktoren
Regionaler Arbeitsmarkt	Ausbildung und Bildungsgrad
Erreichbarkeit (Anbindungsqualität)	Haushaltseinkommen*
Ausstattungsqualität	Regionale Identität/Image
Wohnungsmarkt/Bauland	Kreatives Milieu/Innovationsklima
Funktionale Verflechtungen	Naturräumliches Potential*
Lebensstil/Werte*	

*Lebensstil/Werte, Haushaltseinkommen und Naturräumliches Potenzial sind weitgehend unsteuerbar.

Phase 3: Analyse der Schlüsselfaktoren

Eine Wirkungsanalyse (Cross-Impact Analysis) diente der Untersuchung des Zusammenspiels aller elf Einflussfaktoren. Für jeden Faktor wurde abgefragt, wie weit er andere beeinflusst und wie weit er selbst von anderen beeinflusst wird. Durch Analyse aktueller gesellschaftlicher Trends für Österreich und Europa wurden spezifische Dynamiken aufgezeigt und berücksichtigt.

Phase 4: Szenarien-Generierung

Es wurden die durch unterschiedliche Interventionsstrategien bedingten Ausprägungen der einzelnen Schlüsselfaktoren zu konsistenten Szenarien zusammengefügt. Ergebnis war ein Set von drei Interventionsszenarien, die im Anschluss auf ihre Konsistenz und Widerspruchsfreiheit geprüft wurden. Ausgangspunkt für die drei Szenarien war die Diskussion von Interventionen, die für die Bevölkerungswanderung relevant erscheinen. Es wird angenommen, dass sie:

- im Szenario „Gießkanne“ wie bisher ev. noch verstärkt eingesetzt werden,
- im Szenario „Rückzug“ künftig wegfallen,
- im Szenario „Regionale Akupunktur“ künftig gezielt – im Sinne einer „regionalen Akupunktur“ - erfolgen.

Zusammenfassende Gegenüberstellung der Annahmen :

Die sro_peripher Region im Jahr 2030 – zusammenfassende Gegenüberstellung der Szenarien			
	Szenario 1: „Gießkanne“ Staat unterstützt sehr breit Gemeinden, Betriebe und BewohnerInnen peripherer Regionen (<i>undifferenziertes Gegensteuern</i>)	Szenario 2: „Rückzug“ Staat zieht sich aus der Region zurück und unterstützt vorrangig Agglomerationen (<i>Interventionsabbau</i>)	Szenario 3: „Regionale Akkupunktur“ Staatliche Unterstützung fokussiert auf Potentialräume und wettbewerbsfähige Sektoren (<i>gezielte Intervention</i>)
ANNAHMEN	Arbeitsmarktsituation quantitativ/qualitative relativ stabil: Ein-Personen- und Mikrounternehmen werden besonders unterstützt	Quantitativ/qualitativ unattraktive Arbeitsmarktsituation: Wegfallen monetärer Anreize, mangelnde Nachfrage staatsnaher Organisationen und des regionalen Bau- und Baunebengebietes	Arbeitsmarktsituation quantitativ stabil bei höherem Qualifikationsniveau: Fokussierung der Anreize und Ausbildungsangebote auf Wachstumsbranchen, Kompetenz- und Technologiezentren an Entwicklungsachsen
	Erreichbarkeit stabil: generelle Bahn-/Bus-Offensive auf Hauptlinien; ergänzende Mikro-ÖV-Angebote	Erreichbarkeit sinkt: Verschlechterung des öffentlichen Verkehrsangebots und mobiler Dienste, damit steigender Distanzwiderstand (Kosten, Zeit)	Erreichbarkeit verbessert sich für regionale Zentren und Achsen: Stärkung des ÖPNV-Angebots in und zwischen regionalen Zentren
	Ausstattungsqualität der Regionen bleibt erhalten: Einzelhandel gesteuert durch Raumordnung und Anreize; Bündelung bestehender Leistungen mit bedarfsgerechten Angeboten	Ausstattungsqualität der Regionen sinkt: Abbau öffentlicher und privater Versorgungsstruktur; steigendes Ausstattunggefälle zwischen Ballungsraum und Peripherie; kritische Bevölkerungsdichte fehlt für Selbstorganisation	Ausstattungsqualität steigt in regionalen Zentren: Standortentscheidungen öffentlicher Einrichtungen und privater Serviceanbieter zugunsten regionaler Zentren interkommunale Arbeitsteilung bei der Daseinsvorsorge
	Weitere Zersiedelung: Zersiedelung trotz Baulandfonds und baulandmobilisierenden Maßnahmen und dadurch hohen Infrastrukturkosten	Zunehmende Leerstände: Standortentscheidungen öffentlicher Einrichtungen, Unternehmen und Haushalten zugunsten hochrangiger Hauptachsen (A2, S6) und des Wiener Umlands	Nachverdichtung, Sanierung und ökologische Qualitätssteigerung in Ortskernen: Fokus der Wohn- und Baulandpolitik auf Innenbereiche und Standorte mit guter Infrastrukturausstattung und Verkehrsanbindung
	Stärkung kleiner Gemeinden durch eine Verflachung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels, Verflechtungen zwischen Gemeinden nehmen nicht zu	Orientierung zu Agglomerationen außerhalb der Region: staatliche Unterstützungsmaßnahmen für interkommunale Kooperationen oder grenzüberschreitende Funktionsräume fallen weg	Gemeindeverbände und interregionale Verhandlung der Funktionsteilung: Innovationen im Finanzausgleich (z.B. Berücksichtigung von Komplementärfunktionen, Gemeindeverbände werden wie einzelne Gemeinden behandelt)
	Lebensstil Sesshaftigkeit und Landleben: Sehnsucht nach Selbstversorgung und regionalen Produkten	Urbane Lebensstil: Multilokalität (Stadt-Stadt); Urbanisierung	Lebensstil Slow & Sustainable: Integration/Inklusion Anderer gelingt; Bedürfnis nach Gemeinschaft
KONSEQUENZEN	„Ausdünnung“ der heute zu beobachtenden Siedlungsstrukturen: Peripherie verliert am stärksten, entleert sich aber nicht vollständig. In Ortskernen schrumpft Bevölkerung ebenso, nur Wachstum an Ortsrändern (Neubaugebiete) durch Binnenwanderung.	Massive Bevölkerungsverluste, v.a. in peripheren Lagen: „Rückbau“ wird wichtiges Thema. Generell gravierender Attraktivitätsverlust der Gesamtregion als Wohn- und Wirtschaftsstandort. Nur die sehr gut erreichbaren Lagen an überregionalen Verkehrsachsen bleiben stabil bzw. wachsen leicht.	Konzentration der Entwicklung auf regionale Zentren mit guten Ausstattungs- und Erreichbarkeitswerten: Weg von den peripheren Lagen, hin zu räumlich-funktionalen Kristallisationskernen. In diesen Kernen forcierte/geförderte „Innen-vor-Außen“-Entwicklung.
	Überalterung vor allem in peripheren Lagen: Bevölkerungsanteil „65+“ nimmt in ungünstigen Lagen überproportional zu.	Deutlicher Anstieg der Wegzüge von Personen im erwerbsfähigen Alter: 1. Attraktivität der Region als Wirtschaftsstandort nimmt rapide ab. 2. soziale Mindestdichte vor allem in Peripherie kaum mehr gegeben: Versorgung (v.a. der Älteren) muss von (immer ärmeren) Gemeinden übernommen werden.	Durch Attraktivitätssteigerung der regionalen Zentren auch erhöhte Binnenwanderung von Älteren: Ältere Bevölkerung verlässt freiwillig die peripheren Lagen und übersiedelt in adäquate Wohnangebote in den Zentren. „Ältere als intraregionales Potenzial“!
	Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge immer teurer und schwieriger: Disperse Siedlungsstrukturen und ungünstige Altersstrukturen als Folge einer räumlich undifferenzierten Politikstrategie.	Kommunale Handlungsfähigkeit extrem eingeschränkt: Gemeinden haben aufgrund der schwindenden „kritischen Masse“ an Bevölkerung in sozialer, städtebaulicher und technisch-infrastruktureller Hinsicht kaum mehr Entwicklungsspielräume.	Erhöhung des Binnenwandereranteils durch gestiegene Attraktivität der regionalen Zentren. Zudem sozial verträglicher Rückzug, Konzentration auf bestimmte regionale Zentren und „Innen-vor-Außen“ als Leitbild auf allen Ebenen.
	Bevölkerungsentwicklung bis 2030 (Fortreibung): -20.000 Einwohner	Bevölkerungsentwicklung bis 2030 (Fortreibung): -45.000 Einwohner	Bevölkerungsentwicklung bis 2030 (Fortreibung): -3.400 Einwohner

Qualitative Analyse und Auswirkungen

Bevölkerungsfortschreibung für die 3 Szenarien

Die angenommene Bevölkerungsentwicklung ist jeweils den inhaltlich unterschiedlichen Entwicklungsverläufen der drei Szenarien angepasst. Allen drei Varianten wird die Ausgangsbevölkerung des Jahres 2010 zugrunde gelegt. Es wird angenommen, dass die verschiedenen Szenarien hauptsächlich Einfluss auf die Wanderungsbewegungen haben werden. Die unterschiedlichen Entwicklungsverläufe in den drei Fortschreibungen ergeben sich aus der Veränderung der Annahmen über die Nettomigration (Summe aus Zu- und Wegzügen).

Geburtenraten und Lebenserwartung

Haben nur geringe Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung in den 3 Szenarien. Dennoch wurden sie berücksichtigt. Die Fertilitätsrate erreichte im Referenzjahr 2010 einen Wert von 1,38. Dieser Wert und die von der Statistik Austria für das Jahr 2030 prognostizierte Fertilität von 1,5 (mittlere Variante) wurden interpoliert. Ähnliches gilt für die Fortschreibung der altersspezifischen Mortalität, die über die Periodensterbetafel von 2010 berechnet wurde. Sie liegt für das Jahr 2010 bei 77,4 Jahren (Männer) und 83,2 Jahren (Frauen). Die mittlere Prognose der Statistik Austria für die Lebenserwartung im Jahr 2050 liegt bei 85,9 Jahren für Männer und 89,5 Jahren für Frauen.

Wanderungen

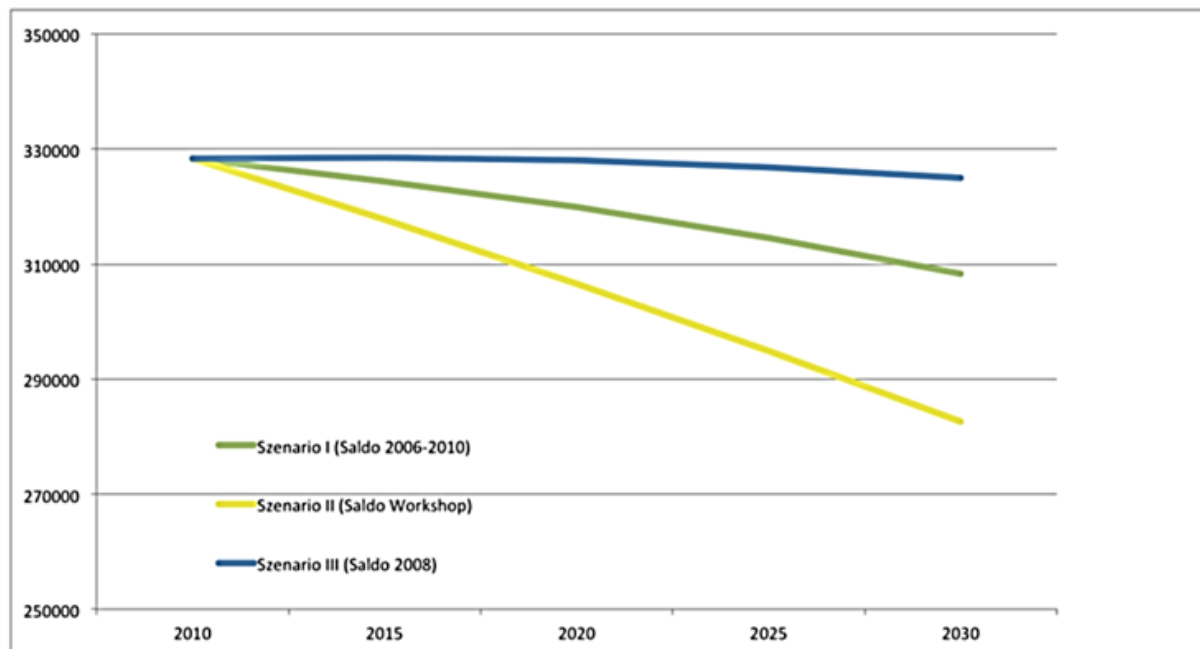
Im untersuchten Gebiet sind Wanderungen das ausschlaggebende Kriterium bei der Bevölkerungsentwicklung. Es wurden folgende Annahmen getroffen:

Szenario 1 „Gießkanne“: Wanderungssaldo entspricht dem Trend der jüngeren Vergangenheit, es wurde der Durchschnitt der Migration der vergangenen fünf Jahre fortgeschrieben.

Szenario 2 „Rückzug“: Annahme eines stark negativen Saldos. Dieser wurde im Workshop mit den Experten diskutiert. Es handelt sich zwar um einen fiktiven Saldo, der also „qualitativ“ erarbeitet wurde. Werte in dieser Dimension sind in Osttirol oder Oberkärnten heute aber durchaus Realität.

Szenario 3 „Regionale Akupunktur“: orientiert sich hingegen am Saldo des für die Untersuchungsregion sehr positiven Jahres 2008, in dem die untersuchte Region ein Plus von 1.057 Personen verzeichnete.

Entwicklung der Bevölkerungszahl der Region bis zum Jahr 2030 in drei Szenarien



(grün= Szenario1 „Gießkanne“, gelb=Szenario2 „Rückzug, blau=Szenario3 „Regionale Akupunktur“)

	Szenario 1 - „Gießkanne“	Szenario 2 - „Rückzug“	Szenario 3 - „Regionale Akupunktur“
2010	328.438	328.438	328.438
2015	324.439	317.691	328.500
2020	319.893	306.605	328.004
2025	314.595	294.944	326.893
2030	308.330	282.636	324.997

Schreibt man im **Szenario 1** („Gießkanne“) den durchschnittlichen Saldo der Jahre 2006-2011 fort, entspricht das einer Bevölkerungsabnahme von ca. 20.000 EW bis 2030.

Der drastischste Rückgang erfolgt in **Szenario 2** („Rückzug“): Die Bevölkerungszahl schrumpft hier um gut 46.000 Personen bis zum Jahr 2030.

Sogar die als konstant positiv angenommene Zuwanderung in **Szenario 3** („Regionale Akupunktur“) reicht nicht aus, um die niedrige Fertilitätsrate vollständig zu kompensieren. So schrumpft die Bevölkerungszahl in diesem Fall zwar „nur“ um gut 3.400 Menschen, die Untersuchungsregion sieht sich aber auch in diesem Szenario künftig mit Bevölkerungsrückgang konfrontiert.

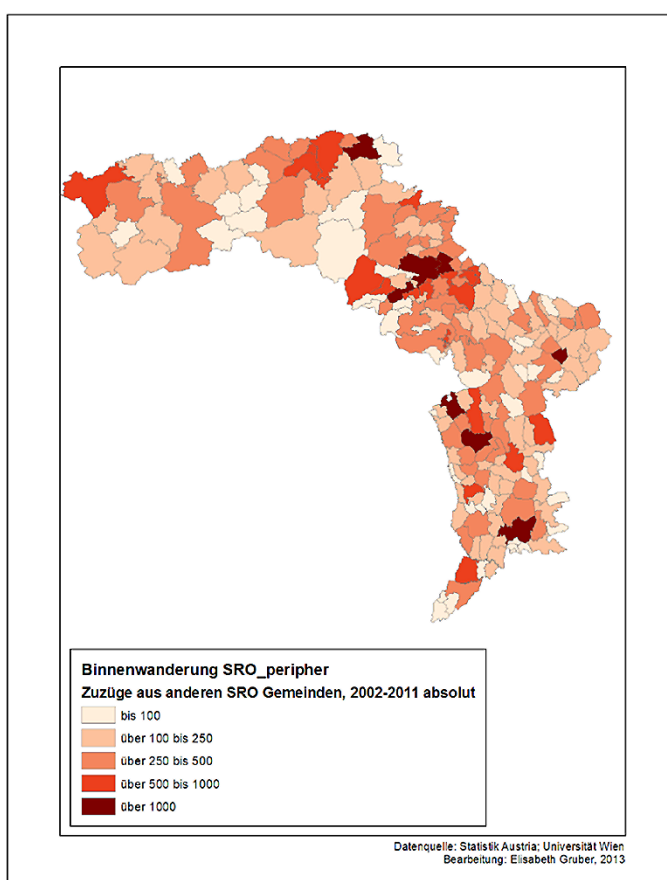
Diese Entwicklung erfolgt aber nicht homogen über den gesamten Bereich des Untersuchungsgebiets, sondern es werden sich durchaus Wachstums- und Schrumpfungshspots herauskristallisieren - sehr wahrscheinlich in einem noch viel stärkeren Maße als es bisher schon zu beobachten war.

Regionale Binnenwanderung (Wanderungen innerhalb der Region)

Die oben dargestellten Fortschreibungen der Bevölkerungszahlen beziehen sich auf den Untersuchungsraum insgesamt und blenden unterschiedliche Entwicklungen innerhalb dieser heterogen strukturierten Untersuchungsregion vorerst aus.

Die Binnenwanderungsanalyse dient außerdem dazu, eventuelle Trends bei den Wanderungsbewegungen in der Region festzustellen und um herauszufinden, ob es eine klare Wanderungsrichtung von peripheren Gemeinden in die gut ausgestatteten, zentralen Gemeinden der Region gibt.

Um jährliche Schwankungen auszugleichen, wurden die Binnenwanderungen von 2002 bis 2011 betrachtet.



Binnenwanderung: Zuzüge aus anderen Gemeinden innerhalb der Region, 2002-2011, absolut

Ergebnis:

Insgesamt waren es 65.612 Personen, die in diesem Zeitraum von einer Gemeinde der Region in eine andere gewandert sind. Während fast 26.000 Menschen zwischen den burgenländischen Gemeinden wanderten, waren es fast 40.000 im niederösterreichischen Teil der Untersuchungsregion. Dies entspricht einer innerregionalen Umverteilung von etwa 6.500 Menschen pro Jahr. Es lässt sich also auch in einem im Vergleich zu metropolitanen Räumen peripheren Gebiet wie dem unsrigen nicht von einer grundsätzlich „immobilen Gesellschaft“ sprechen. Betrachtet man die Herkünfte der Wandernden, so zeigt sich die große Bedeutung der Distanz: Die Herkunfts- und Zielorte von Binnenwanderungen liegen im überwiegenden Teil der Fälle nicht sehr weit auseinander, sondern bewegen sich innerhalb einer „raumstrukturell-funktionalen Subeinheit“.

Gemeindebinnenwanderung:

Zwischen 2002 und 2010 wechselten aber etwa 70.000 Menschen innerhalb ihrer Wohnsitzgemeinde den Wohnort. Im Sinne einer räumlichen Entwicklung, die auf Gemeindeebene dem Leitbild „Innen vor Außen“ folgt, verbirgt sich hier jedenfalls eine regional relevante „Manövriermasse“, die einerseits von peripheren Lagen in die jeweiligen Gemeinde-Hauptorte „gelenkt“ werden könnte, andererseits innerhalb der Hauptorte wiederum in möglichst ortskernahe Lagen. In der Analyse wurden die Gemeindebinnenwanderer nicht berücksichtigt, weil dieses Wanderungsvolumen nur räumlich undifferenziert vorliegt. Mit anderen Worten: Die Wanderungsrichtungen (z.B. Katastralgemeinde-Hauptort, Katastralgemeinde-Katastralgemeinde etc.) sind statistisch nicht feststellbar.

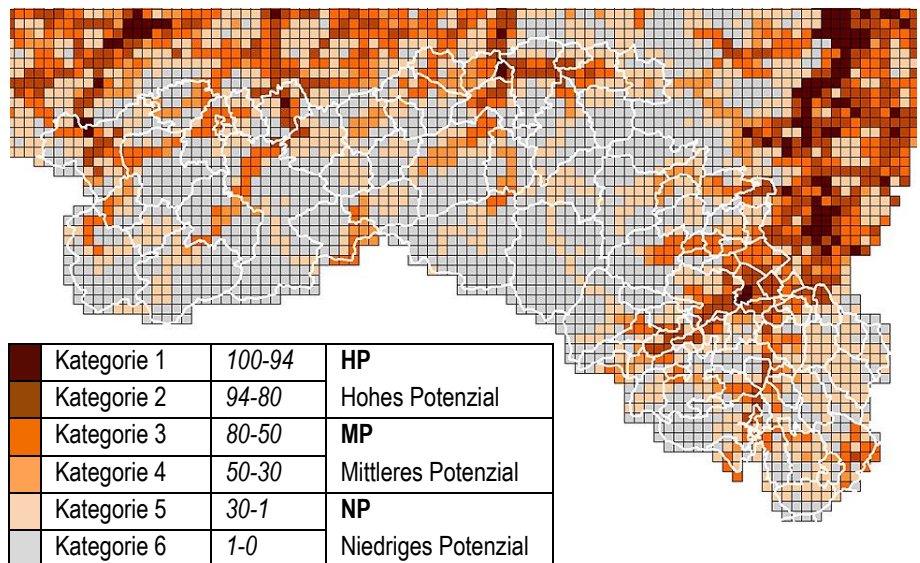
Die 3 Szenarien

Jedes Szenario präsentiert ein stimmiges Bündel von sich wechselseitig beeinflussenden, zukünftigen Geschehnissen und Zuständen, die unter den explizit angegebenen Ausgangsbedingungen der jeweiligen Interventionsstrategien eintreten könnten.

Dabei ist es unerheblich, aus welchem Grund z.B. im zweiten Szenario Interventionen in der Region wegfallen, oder im Szenario 3 eine „regionale Akupunktur“ sich auf Potenzialräume fokussiert.

Annahmen für Bevölkerungsentwicklung bis 2030 unter Berücksichtigung von Anbindungs- und Ausstattungsqualität.

Die nachstehende Analyse bezieht sich nur auf den NÖ Teil der Projektregion, da für den burgenländischen Teil derzeit noch keine Potenzialanalyse vorliegt. (siehe dazu auch PGO-Tätigkeitsbericht 2011)



Gemeinden der Projektregion sind weiß umrandet

Differenziert nach Lagekriterien auf Rasterbasis und den Ergebnissen der Potenzialanalyse auf Basis der Motivationsanalyse,

- **HP** = Hochpotenzial-Rasterzellen
- **MP** = Rasterzellen mit mittlerem Potenzial
- **NP** = Niedrigpotenzial- Rasterzellen

werden für Bevölkerungsverluste bzw. –gewinne in den Szenarien unterschiedliche Verteilungsmuster angenommen. Auf diese Weise werden die Auswirkungen der drei Szenarien auf die künftigen räumlichen und funktionalen Strukturen sichtbar gemacht.

Bev. 2010 NÖ Teil	193.683				
2030 SZ1	181.601 (-12.082)				
2030 SZ2	162.686 (-30.998)	Annahmen für Bevölkerungsentwicklung bis 2030 nach Anbindungs- und Ausstattungsqualität, umgelegt auf 250m-Raster.			
2030 SZ3	190.537 (-3.350)				
	Bev. 2010	2030 SZ1 („Gießkanne“)	2030 SZ2 („Rückzug“)	2030 SZ3.1 („Reg.Akup“ 1)	2030 SZ3.2 („Reg.Akup.2“)
HP 100-94	14.924	19.106 (x1,1)	14.924 (0%)	20.893 (x1,4)	16.416 (x1,1)
HP 94-80	53.991	53.991 (0%)	51.291 (-5%)	64.789 (x1,2)	62.089 (x1,15)
MP 80-50	46.425	44.103 (-5%)	41.782 (-10%)	44.103 (-5%)	51.076 (x1,1)
MP 50-30	20.390	18.351 (-10%)	16.312 (-20%)	18.311 (-10%)	18.351 (-10%)
NP 30-1	45.481	36.384 (-20%)	31.828 (-30%)	34.111 (-25%)	34.111 (-25%)
NP 1-0	11.842	8.290 (-30%)	5.921 (-50%)	8.290 (-30%)	8.290 (-30%)

(in Klammer: angenommene Zunahmen als Multiplikator, Abnahmen in %)

In den Szenarien wurde angenommen, dass sich der Gesamtverlust zu zwei Drittel auf den (flächenmäßig größeren und bevölkerungsreicheren) niederösterreichischen Ausschnitt und zu einem Drittel auf den burgenländischen verteilt.

Szenario 1 „Gießkanne“

Stellen wir uns vor, es ist das Jahr 2030. Die Rahmenbedingungen für unsere Region haben sich in den letzten Jahrzehnten kaum verändert.

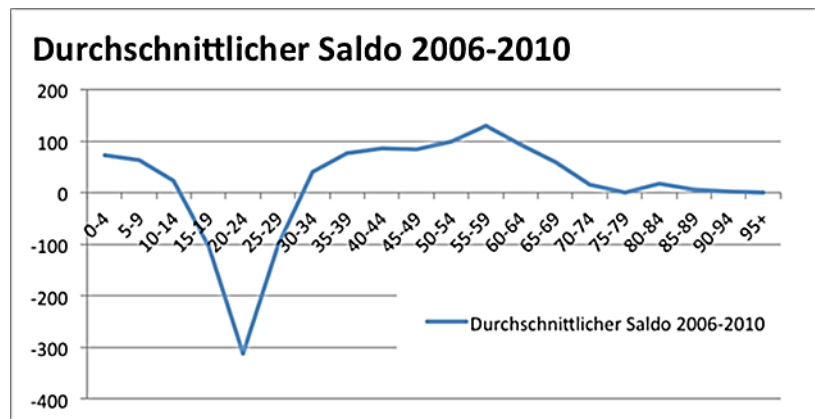
Räumlich undifferenziertes Gegensteuern bzw. Intervenieren liegt als Steuerungscredo diesem ersten Szenario „Gießkanne“ zugrunde - dies bedeutet unter anderem, dass Subventionen und Förderungen relativ gleichmäßig in der Region verteilt werden, unabhängig davon, ob eine solche Form der flächendeckenden Förderpolitik auch raumplanerisch zielführend ist. Die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen schwebt dabei als (implizites) Leitmotiv über den Aktivitäten und Interventionen.

Erkenntnisse aus den bisherigen Analysen im Projekt legen aber den Schluss nahe, dass das in einer Schrumpfungregion zwar ein ehrenwerter, doch in die falsche Richtung führender Ansatz zu sein scheint. Denn schon heute haben wir es mit räumlichen Strukturen, raumfunktionalen Zusammenhängen und sozioökonomischen Realitäten zu tun, denen mit räumlich und thematisch nur wenig differenzierten Fördermaßnahmen und Planungsansätzen nicht mehr adäquat begegnet werden kann.

Dies führt zur Frage der Fortschreibung dieser Entwicklungen in die Zukunft. Es wird in diesem Szenario angenommen, dass sich an den bisher wirkenden Mechanismen und damit auch an Entwicklungen und Dynamiken der vergangenen Jahre künftig nichts Wesentliches ändern würde.

Demographie und Siedlungsentwicklung

Dem Szenario „Gießkanne“ liegt bei der quantitativen Analyse nicht eine gewichtete Fortschreibung zugrunde, sondern alleine die Fortschreibung der in der jüngeren Vergangenheit durchschnittlichen Bevölkerungsentwicklung.



Durchschnittlicher Saldo der Bevölkerungsentwicklung nach Alter und absoluten Werten

Der niederösterreichische Teil der Region würde demnach bis zum Jahr 2030 gut 12.000 Menschen verlieren (was einem 2/3-Anteil am Gesamtverlust der Untersuchungsregion entspricht).

Einige Hochpotenzialräume bzw. manche der höheren Mittelpotenzialraster verzeichnen hingegen leichte Zuwächse. Zwar nimmt die Zahl an bewohnten peripheren Zellen in diesem Szenario weiterhin ab, aber das siedlungsstrukturelle Muster bleibt weitgehend erhalten - mit einem großen Unterschied: Die Bevölkerung in den peripheren Lagen wird weiter ausgedünnt.

Die dahinter liegende Annahme lässt sich u.a. aus der durchgeführten Motivationsanalyse ableiten, wo von den Befragten die hohe Bedeutung von Infrastruktureinrichtungen betont wird:

Je schlechter Ausstattungs- und Anbindungsqualität einer Gemeinde, desto schneller verliert sie künftig an Bevölkerung.

Die Analyse auf Basis von 250m Rastern zeigt: je peripherer die Lagen, desto stärker nimmt in vielen Fällen die Einwohnerzahl pro Rasterzelle ab. Im Betrachtungszeitraum 2001-2010 haben gut 600 Rasterzellen ihre Wohnbevölkerung zur Gänze verloren - zumindest alle dort Hauptwohnsitz-Gemeldeten.

Das geringe Wachstum bzw. die Umverteilung der Bevölkerung durch Binnenwanderungen konzentriert sich zumeist auf die Randlagen in den zentralen Orten. Dies trägt insgesamt nicht unbedingt zu einer nachhaltigen Siedlungsstruktur bei, ganz im Gegenteil. Das Ausdünnen der Peripherie erfolgt unregelmäßig und nach keinem System, die Entwicklung im Nahbereich der zentralen Orte ist zwar an sich wünschenswert, geschieht aber zu oft auf Kosten eines gleichzeitig ausdünnenden Ortskerns. Die ohnehin dispersen Siedlungsstrukturen, wie wir sie in weiten Teilen des Teilraums „Burgenland Achse A2“ (außerhalb der Kristallisationspunkte Pinkafeld, Oberwart oder Großpetersdorf) oder ganz besonders zwischen Neunkirchen und Kirchsschlag in der Buckligen Welt (Teilraum „Achse A2/S31“) und den NÖ Kalkalpen finden, scheinen sich oftmals durch die Binnenwanderungen eher noch zu verfestigen, vor allem überall dort, wo man von einer Art „Suburbanisierung“ sprechen kann und Neubaugebiete an den Ortsrändern neben schrumpfenden Ortskernen zu finden sind.

Die kostenintensive Aufrechterhaltung einer flächendeckenden Daseinsvorsorge erfolgt somit für deutlich weniger Menschen. Eine nahezu logische Folge aus der in diesem Szenario angenommenen Fortsetzung der „Gießkannenpolitik“ - deren räumliche Konsequenzen in vergleichbarer Form für den burgenländischen Teil gelten.

Der Großteil der älteren Bevölkerung konzentriert sich zwar im Bereich der zentralen Orte des Untersuchungsgebiets, allerdings ist die ältere Bevölkerung auch über die peripheren Lagen dispers verteilt. Über kurz oder lang wird sich aus dieser Konstellation ein Versorgungsproblem ergeben, wenn es in dem einen oder anderen Ort nicht schon lang zur Realität geworden ist. Denn es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass gerade die erwerbstätige Bevölkerung kontinuierlich abwandert und dadurch auch die Optionen zu familieninterner Pflege und Unterstützung immer weiter ausgedünnt werden.

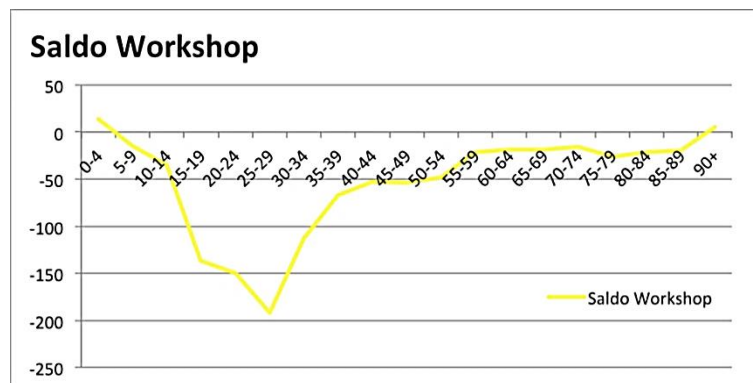
Besonders „die Alten“ in peripheren Lagen und unterversorgten sowie schlecht angebundenen Räumen (=niedriges Potenzial) werden zunehmend vor Problemen stehen.

Szenario 2 „Rückzug“

Stellen wir uns vor, es ist das Jahr 2030. Die Rahmenbedingungen für unsere Region haben sich in den letzten Jahrzehnten sehr stark verändert. Der Staat hat sich mit Fokus auf die Agglomerationen aus den peripheren Regionen weitgehend zurückgezogen. Zahlreiche Förderprogramme, öffentliche Infrastrukturprojekte und Interventionen sind weggebrochen. Dadurch hat sich das Jobangebot in der Region – vor allem im staatsnahen Sektor – qualitativ wie auch quantitativ stark verschlechtert. Auch das regionale Bau- und Baunebengewerbe hat sich aufgrund der mangelnden Nachfrage stark ausgedünnt. Die öffentlichen Versorgungsstrukturen, aber auch private Angebote der Daseinsvorsorge wurden in Räumen mit geringer Auslastung deutlich zurückgefahren. So haben sich eklatante Unterschiede in der Ausstattungsqualität zwischen peripheren Regionen und Ballungsräumen herausgebildet. Auch die zu Beginn durch Kreativität und hohes Engagement gekennzeichnete Selbstorganisation funktioniert nur mehr bedingt, da die kritische Bevölkerungsdichte untertags zunehmend fehlt. Standortentscheidungen von öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen und Haushalten fallen immer öfter zugunsten der hochrangigen Hauptachsen bzw. der Stadtregion aus. Aufgrund all dieser Entwicklungen hat der Untersuchungsraum als Wohnort für alle Altersgruppen stark an Attraktivität verloren. Ein urbaner Lebensstil, der sich an den pulsierenden metropolitanen Zentren orientiert, beschleunigt die Migration in Richtung Agglomerationen zusätzlich.

Demographie und Siedlungsentwicklung

Im Szenario „Rückzug“ sind die Entwicklungsaussichten für die Region äußerst negativ. Aufgrund von Entscheidungen zu Ungunsten der ländlichen Räume und veränderter Lebensstile verlieren diese Gebiete stark an Attraktivität, was sich folglich auch stark negativ auf die Bevölkerungsentwicklung auswirkt.



Durchschnittlicher Saldo der Bevölkerungsentwicklung nach Alter und absoluten Werten

Der „Saldo Workshop“ entstand aus Annahmen, die gemeinsam mit den Expertinnen und Experten der Länder erarbeitet wurden. Quantitativ wurde er in der Fortschreibung der Bevölkerungsentwicklung konkretisiert und entspricht, wie bereits erwähnt, ungefähr den Nettosalden, die in NUTS-Regionen von Oberkärnten oder Liezen Realität sind. Der Anteil an den Bevölkerungsverlusten, die durch Abwanderungen entstehen, beträgt in dieser stark negativen Variante rund 64% - die übrigen 36% sind der negativen Geburtenbilanz geschuldet.

Ein Minus von gut 45.000 Einwohnern steht im Jahr 2030 auf der Rechnung, ein Rückgang, der sich empfindlich auf alle Teilräume auswirkt, besonders aber die peripheren Lagen trifft - so die These. Denn schon in der Vergangenheit verloren die Gemeinden in den entfernten Lagen generell bzw. in den schwächsten Teilgebieten der Region außerhalb zentraler Orte überdurchschnittlich stark an Bevölkerung.

Aufgrund der massiven Einwohnerverluste v.a. in den Niedrigpotenzial Lagen wirken die Siedlungsstrukturen vermeintlich „aufgeräumter“ und kompakter als zum heutigen Stand (334 zusätzliche NP -Rasterzellen verlieren alle Einwohner). Aber vor allem gehen damit massive qualitative Verschlechterungen einher.

Gesamtregional betrachtet, bedeutet ein Szenario wie dieses einen eklatanten Verlust an Attraktivität der Region und eine sich (deswegen) immer schneller drehende Abwanderungsspirale.

Abwanderungen in dieser Größenordnung bedeuten in erster Linie den Verlust von Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Gerade in peripheren Lagen entsteht dadurch nicht nur eine demographische, sondern ebenso eine soziale Ausdünnung. D.h. auch die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge für tendenziell betreuungsintensivere ältere Bevölkerungsgruppen wird immer mehr zur Herausforderung. Gepaart mit der Annahme, dass sich die Leistungen der öffentlichen Hand auf die metropolitanen Räume konzentrieren, ist davon auszugehen, dass es zu ganz neuen Formen der Unterversorgung in peripher gelegenen Teilgebieten kommen wird oder aber, dass viele Alte zur Mobilität

gezwungen werden, wenn sie sich entsprechende private Betreuung nicht leisten können. Allerdings treffen die Älteren in diesem Szenario sogar in den zentral gelegenen Orten nicht mehr auf eine adäquate Versorgungsstruktur oder auf ein ihren Bedürfnissen angemessenes Wohnangebot. Denn der massive Bevölkerungsrückgang führt nicht nur in den peripheren Lagen zu einer kritischen Konstellation. Auch in den Innenbereichen der Hauptorte schlägt sich die demographische Situation nieder. Einrichtungen der Daseinsvorsorge werden sukzessive – weil kaum mehr tragfähig – zunehmend ausgedünnt.

Hier können nach einigen Jahren/Jahrzehnten des Zuschauens Wirtschafts- oder Wohnbauförderungsmaßnahmen, in der Form, wie sie heute existieren, kaum mehr etwas ausrichten. Die Region als „Gesamtpaket“ hat enorm an Attraktivität eingebüßt (als Wirtschaftsstandort, Wohnstandort, aber auch ihr Image oder die fehlende soziale Mindestdichte). Die im Szenario beschriebene „kritische Masse“ wird aufgrund der fehlenden Steuerungsmechanismen in mehrererlei Hinsicht nicht mehr erreicht: Sozial, städtebaulich, technisch-infrastrukturell. Diese Probleme können von einer Gemeinde allein nicht mehr gelöst werden.

Wenn sich der Fokus – wie in dem Szenario angenommen - vorwiegend auf die dynamischen Stadtregionen richtet, ist die Bevölkerung zunehmend mit der Notwendigkeit konfrontiert, täglich immer weitere Distanzen zurückzulegen. Der damit in Verbindung stehende Zeitaufwand, aber auch die daraus resultierenden finanziellen, ökologischen und sozialen Kosten beeinträchtigen die individuelle und regionale Lebensqualität. Abwanderungstendenzen verstärken sich.

Szenario 3 „Regionale Akupunktur“

Stellen wir uns vor, es ist das Jahr 2030. Die Rahmenbedingungen für die Region haben sich in den letzten Jahrzehnten sehr stark verändert.

Auch wenn die eingesetzten öffentlichen Mittel, in etwa konstant geblieben sind, wurden sie stark am Entwicklungspotenzial orientiert und auf wettbewerbsfähige Sektoren fokussiert. Das Ausbildungsangebot und die Arbeitsmarktpolitik sind auf Wachstumsbranchen ausgerichtet, deren Unternehmensstandorte sich vorzugsweise in Kompetenz- und Innovationszentren konzentrieren, was zur einer stabilen Arbeitsmarktsituation auf höherem Niveau führt.

Das ÖPNV-Angebot wird in und zwischen den regionalen Zentren gezielt gestärkt. Standortentscheidungen öffentlicher und privater Serviceanbieter fallen zugunsten der regionalen Zentren aus.

Interkommunale Zusammenarbeit und intraregionaler Lasten- und Nutzensausgleich erleichtern die funktionale Arbeitsteilung bei der Daseinsvorsorge zwischen den Gemeinden. Der Finanzausgleich wird größeren Innovationen unterzogen, um speziell Komplementärfunktionen ländlicher Stabilisierungskerne zu berücksichtigen.

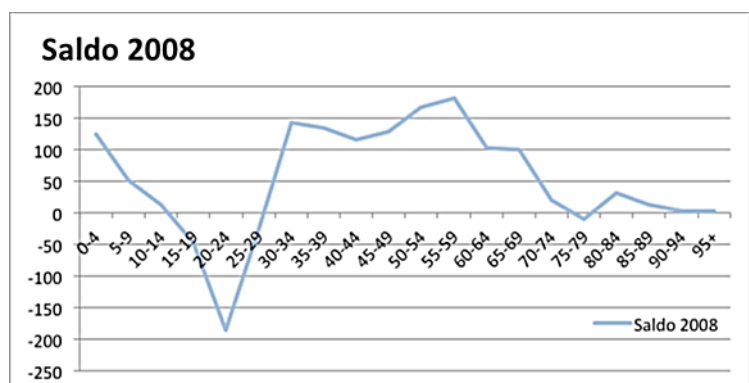
Der Fokus der Wohn- und Baulandpolitik liegt auf Ortskernen und Standorten mit guter Infrastrukturausstattung und Verkehrsanbindung.

Eine gezielte Aufwertung der Ausstattungs- und Anbindungsqualität in Potenzialräumen führt auch zu einer Verbesserung des Images der Gesamtregion und zur Senkung des Wegeaufwandes für die dort lebenden Menschen. Gestärkt durch den Lebensstil „slow and sustainable“ und der Sehnsucht nach kleinstädtischer Nachbarschaft, können auch die 20- bis 30-jährigen weitgehend in der Region gehalten werden.

Auch die Alten zieht es kurz vor oder nach der Pensionierung in die ländlich geprägten attraktivierten Kleinstädte. Dies bringt in den Bereichen der Pflege, Betreuung oder sonstiger Dienstleistungen wiederum steigende Beschäftigungsmöglichkeiten für die Jüngeren mit sich. Eine positive Entwicklungsspirale entsteht.

Demographie und Siedlungsentwicklung

Für das Szenario „Regionale Akupunktur“ werden die positivsten Entwicklungsaussichten angenommen. In den letzten zehn Jahren wurde 2008 die höchste Nettozuwanderung in der Region erreicht, dieser Wert wird als durchschnittlicher jährlicher Saldo fortgeschrieben bis 2030.



Durchschnittlicher Saldo der Bevölkerungsentwicklung nach Alter und absoluten Werten

In absoluten Zahlen beläuft sich dieser Saldo für den NÖ-Teil der Region zwar auf +1.057 Personen, reicht aber dennoch nicht aus, um über die Jahre die weiterhin niedrige Fertilität zu kompensieren. Also ist auch dieses Szenario streng genommen ein Schrumpfungsszenario, im besten Fall lässt sich der Bevölkerungsrückgang um gut 3.400 Einwohner (bis ins Jahr 2030) mit „stagnierender Entwicklung“ beschreiben.

Im burgenländischen Teil der Region liegt die für eine Stabilisierung notwendige Größenordnung an zusätzlicher Bevölkerung bei etwa 300 Einwohnern/Jahr.

Eine totale Trendumkehr hin zu einer prosperierenden Wachstumsregion bleibt auch in Szenario 3 äußerst unwahrscheinlich - zumindest flächendeckend.

Für Szenario 3 wurden zwei Varianten entwickelt:

1. Eine sehr zentralistische „regionale Akupunktur“, die sich auf wenige Hochpotentialräume konzentriert.
2. Eine Variante, die auch obere Mittelpotenzialkategorien mit einbezieht und auch auf eine Stärkung kleinregionaler Stabilisierungskerne abzielt.

Eine für beide Varianten geltende Grundannahme besteht darin, dass es gelingt, bei den Wanderungen den Anteil an den Binnenwanderungen deutlich zu erhöhen, d.h. die Anzahl der Wegzüge aus dem Untersuchungsraum zu minimieren, in dem Stabilisierungskerne durch gezielte Intervention so attraktiv werden, dass sie für die mobile Bevölkerung zur interessanten Alternative werden.

Wie bereits bei der Analyse der Binnenwanderung ersichtlich wurde, verläuft diese bereits derzeit nach einem klaren räumlichen Muster: Die gut ausgestatteten regionalen Zentren sind auch heute schon die Kristallisationskerne. Ein Trend, der in diesem Szenario auf 2 Arten verstärkt wird.

Variante 1 (Konzentration ausschließlich auf die Hochpotenzialräume)

Es wird ein „Extremfall“ angenommen:

Alle Zuzügler von Außerhalb sowie alle Binnenwanderer haben die Regionsteile mit den höchsten Potenzialen zum Ziel. Durchgeführte Berechnungen haben erwiesen, dass dort (bei mäßiger Verdichtung und Mobilisierung gegebener Reserven) ausreichend theoretische Aufnahmekapazitäten vorhanden wären, um eine solche Zuwanderung auch zu bewältigen.

Allerdings würde es sich hierbei um eine sehr „zentralistische“ Form der regionalen Akupunktur handeln:

Die eingangs für dieses Szenario beschriebenen Interventionen wären demnach auf einige wenige „gesamregionale Zentren“ fokussiert, die dann das Grundgerüst zur Stabilisierung der Untersuchungsregion bilden sollen.

Die Siedlungsstrukturen würden sich demnach noch mehr ausdünnen, die höherrangigen Verbindungen des ÖV würden nur mehr diese Zentren untereinander und mit den außerhalb angrenzenden metropolitanen Räumen verbinden, auch die Versorgungsinfrastrukturen würden sich immer mehr aus der Fläche zugunsten jener wenigen „Hochpotenzial-Lagen“ zurückziehen - ein vergleichsweise starkes, intraregionales strukturelles Ungleichgewicht wäre die Folge. Dem Wachstum dieser Zentren stünde ein Bevölkerungsverlust sogar in Räumen mit mittlerem Potenzial gegenüber (siehe Tabelle Seite 10).

Die Grundidee einer „regionalen Akupunktur“ geht aber eigentlich davon aus, dass es gelingt, nicht nur einige wenige gesamregionale Zentren zu stärken, sondern durch gezielte Interventionen auch kleinregionale Stabilisierungskerne auszubauen und nachhaltig aufzuwerten und damit attraktiver zu machen.

Diesen Grundgedanken verfolgt Variante 2.

Variante 2 (Konzentration auf ein engeres Netz an Stabilisierungskernen)

Hier sind die Annahmen modifiziert: Es wird ein weniger starkes Wachstum in den höchsten Potenzialstufen angenommen (was zugleich einer weniger starken Orientierung an „urbanen“ Lebensstilen und diesbezüglichen Nachfragemustern entspräche), dafür nimmt die Bevölkerung auch in den gut ausgestatteten und angebotenen Mittelpotenzial-Lagen zu. Hierbei handelt es sich wiederum nicht nur um eine beliebige, wissenschaftlich-abstrakte Modellierung, vielmehr können eben auch (durch entsprechende planerische Interventionen) heutige Mittelpotenzial-Lagen die Ausstattungsmerkmale bieten, die von der befragten Bevölkerung (Motivationsanalyse) als pull-Faktoren genannt wurden.

Hier eröffnet sich ein in entwicklungsmäßiger Hinsicht weiterer Vorteil dieser „gemäßigten“ Variante:

Während Variante 1 sich auf eine Momentaufnahme bezieht und nur die Hochpotenzial-Raster der Gegenwart zugrundegelegt werden, können sich heutige Mittelpotenzial-Lagen durch gezielte Interventionen in dieser Variante 2 längerfristig zu neuen, zusätzlichen Hochpotenzial-Gebieten entwickeln.

Insgesamt ergibt sich durch eine solchermaßen gleichmäßigere Verteilung der Wanderungen und Zuzüge ein strukturelles Netzwerk, das nicht nur aus einigen wenigen Hauptknoten besteht. Zu Entwicklungszentren kommen Ergänzungszentren. Das „Stabilisierungsnetz“ wird feinmaschiger.

Kraft ihrer gewonnenen Ausstrahlung und standörtlichen Attraktivität können solche Ergänzungszentren auch für ganze kommunale Kooperationsräume (wie z.B. Kleinregionen) stabilisierend wirken – wovon auch Teile der Region profitieren können, die selbst nur geringe Entwicklungspotenziale haben.

Bei beiden Varianten des Szenarios „regionale Akupunktur“ wird es zu einer Ausdünnung der Siedlungsstrukturen in peripheren Lagen kommen, denn wenn bestimmte Teilgebiete innerhalb der Untersuchungsregion gezielt gestärkt werden und dadurch zu entsprechend attraktiven Wanderungszielen werden, verlieren die peripheren Lagen nicht nur an Bevölkerung, sondern auch dadurch, dass sie für potenzielle Zu- oder Binnenwanderer immer weniger interessante Wohnstandorte werden.

Reflexion der Thesen:

Im Verlauf des Projekts wurden, aufbauend auf den Ergebnissen der Struktur- Motivations- und Potenzialanalysen, Thesen zur künftigen räumlichen Entwicklung entwickelt.

Nach dem durchgeführten Szenarienprozess soll nun in der Folge die Frage beantwortet werden, ob sich diese bestätigen bzw. wie sich die Situation auf Ebene der Teilregionen darstellt.

- **Die unterschiedliche Entwicklungsdynamik von Teilregionen, Gemeinden und selbst innerhalb der Kommunen wird sich fortsetzen, die Disparitäten künftig sogar noch zunehmen.**

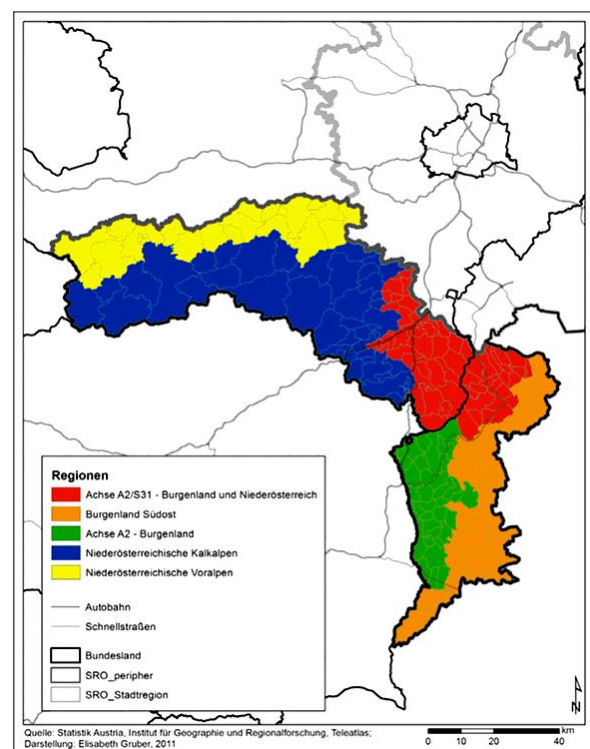
Die Szenarien bestätigen, dass sich die Teilregionen auch künftig sehr unterschiedlich entwickeln werden – mit eindeutigen Verlierern und Gewinnern.

Gegen diesen generellen Trend einer fortschreitenden Ausdifferenzierung zwischen „Gewinnern“ und „Verlierern“ wird man an sich kaum etwas tun können.

Ähnliches gilt beim Vergleich der Gemeinden eines Teilgebiets untereinander. Nirgendwo werden künftig genügend Potenziale vorhanden sein, um allen Gemeinden in einem Teilraum positive Entwicklungsmöglichkeiten zu attestieren.

Standortbereiche mit guter Erreichbarkeit und Ausstattungsqualität werden von den Entwicklungschancen, die sich durch Binnenwanderung oder die wenigen Zuzüge ergeben, am ehesten profitieren.

Doch haben die beiden „Extrem“-Szenarien „Rückzug“ und „Regionale Akupunktur“ gezeigt, dass diese Ausdifferenzierung zu einem weiteren Niedergang des gesamten Untersuchungsgebietes führen kann, wenn man nicht intervenierend eingreift. Nutzt man aber die Potenziale, die sich ergeben und konzentriert die Entwicklung auf bestimmte leistungsfähige Kristallisationskerne, dann kann regional eine Stabilisierung auf nachhaltigem Niveau erreicht werden.



- *Innerregionale und innerkommunale Binnenwanderung sind ein endogenes Potenzial zur räumlichen Umstrukturierung, eine Chance zur Bildung von „Stabilisierungskernen“. Gezielte Wohnbauförderung kann dabei unterstützen.*
- *Geänderte Lebensorientierung, Wohn- und Arbeitsvorstellungen der jungen Generation, steigender Kostenaufwand bei der Distanzüberwindung und die Reduzierung des ÖV-Angebotes werden den „Rückzug aus der Fläche“ künftig beschleunigen.*
- *Baulandausweisungen sind nicht die richtige Antwort auf Bevölkerungsrückgang.*

Zweifellos liegt in der Binnenwanderung ein nicht zu unterschätzendes Potenzial. Aus diesem Grund sehen wir auch in der Erhöhung des Binnenwanderungsvolumens eine große Chance für die Region. Mit anderen Worten: ein gewisser Anteil von „Auswanderern“, die die Region ganz verlassen, soll zu Binnenwanderern werden. Um eine Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung der Region zu erreichen, wären das ca. 4% der Abwanderer (also etwa 650 Personen im NÖ Teil und 350 im burgenländischen Teil der Region).

Dazu müssen aber einige Voraussetzungen geschaffen werden, die eine entsprechende Attraktivitätssteigerung mit sich bringen, und intraregionale Pull-Faktoren gestärkt werden, die eine entsprechende Qualitätssteigerung mit sich bringen, sowie intraregionale Pull-Faktoren gestärkt werden.

Dazu zählt unter anderem ein den sich wandelnden Lebensstilen und Lebensentwürfen angepasstes Wohnungsangebot. Auch in eher peripheren Lagen wie unserem Untersuchungsgebiet wird künftig die Nachfrage nach kleineren, zentrumsnahen Wohnungen zunehmen. Die Pluralisierung der Lebensstile ist nicht nur eine akademische Theorie, sondern eine alltagspraktische Tatsache, die sich künftig auch immer stärker im ländlichen Raum bemerkbar machen wird.

Der „Rückzug aus der Fläche“ wird hingegen mit Sicherheit stattfinden – je nach Szenario gezwungenermaßen oder aber freiwillig. Während im Szenario „Rückzug“ die Versorgungslage in den peripheren Regionen immer schlechter wird, sodass die (überwiegend alte) Bevölkerung gezwungen ist, sich über kurz oder lang neue Wohnstandorte zu suchen, geht man im Szenario „Regionale Akupunktur“ davon aus, dass sich regionale Stabilisierungskerne aufgrund gezielter Maßnahmen und Angebote zu so attraktiven Zielorten entwickeln, dass sie einerseits einen Großteil der Wanderungen für sich verbuchen können, andererseits damit aber auch kleinregional positive Ausstrahlung bekommen. Die eigentlichen „Wanderungsgewinne“ solcher Kerne werden also nicht allein und primär aus Zuzügen von außerhalb lukriert, sondern vornehmlich durch das Binnenwanderungsvolumen.

Auch wenn beim Szenario „Regionale Akupunktur“ nicht auf die tatsächlichen Baulandreserven Bezug genommen worden ist, sondern nur theoretische Aufnahmekapazitäten dargestellt wurden, hat sich gezeigt, dass der Fokus nicht auf der Frage nach der weiteren Ausweisung von Bauland liegen sollte. Dies hat drei Gründe: Erstens sind die bestehenden Reserven an Bauland noch längst nicht ausgeschöpft. Zweitens wären künftig erst diejenigen intraregionalen Entwicklungszentren zu identifizieren, die durch gezielte Interventionen gestärkt werden sollen - nur in diesen Lagen machen weitere Baulandausweisungen Sinn. Drittens wäre ohnehin von Neuwidmungen abzusehen, solange in den einzelnen Gemeinden die Innenentwicklungspotenziale noch nicht ausgeschöpft sind - diese sind in jeder Gemeinde vorhanden, sei es in Form von Baulücken, Nachverdichtungspotenzialen oder der Wieder-Inwertsetzung von Wohngebäude-Altbestand. Die Nachfrage der Jungen scheint jedenfalls derzeit eher auf Wohnungen denn auf Bauparzellen ausgerichtet.

- *Unter den Bedingungen knapper werdender finanzieller Ressourcen trägt eine konzentrierte Stärkung und Förderung zentraler, funktionsfähiger Standorte und (Klein-)Zentren mehr zur Stabilisierung regionaler Strukturen bei, als flächendeckende Haltestrategien.*
- *Ein Paradigmenwechsel ist auf lange Sicht unausbleiblich. Statt den (programmierten) „gleichwertigen Lebensbedingungen für alle und überall“ und statt reflexartigem Gegensteuern um jeden Preis muss nun angestrebt werden: Gezielte Förderung der Entwicklung im Sinne einer „regionalen Akupunktur“ sowie ein geordneter, sozial verträglicher Rückzug aus nicht „überlebensfähigen“ Lagen.*

Die programmatische Forderung nach flächendeckend „gleichwertigen Lebensbedingungen“ scheint schon gegenwärtig der falsche Ansatz. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat gezeigt, dass der Ausbau von Ver- und Entsorgungsinfrastruktur oder eine undifferenzierte Wohnbauförderungspolitik nicht dazu führen, überall gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen. Oftmals hat sie nur dazu geführt, dass Siedlungsstrukturen entstanden sind, die sich sowohl für die öffentliche Hand, als auch für die Bevölkerung vor Ort als wenig nachhaltig herausgestellt haben - und dies nicht nur in ökologischer, sondern auch in ökonomischer und sozialer Hinsicht.

Insbesondere das Szenario „Rückzug“ zeigt deutlich, wohin die Entwicklung führen würde, wenn man keine entsprechenden Maßnahmen setzt und sich ausschließlich auf die Ordnung der Entwicklung in dynamischen Ballungsräumen konzentriert.

Aus raumplanerischer Sicht scheint es deswegen zielführend, auf zwei Ebenen für Konzentration zu sorgen: Um im interregionalen Vergleich bestehen zu können, erscheint es notwendig, Teilräume mit den dementsprechend höchsten Potenzialen künftig gezielt als Wirtschaftsstandorte bzw. Räume mit überregionaler Bedeutung zu entwickeln. Das Teilgebiet „A2/S31“ scheint hierfür die besten Voraussetzungen aufzuweisen, was die Entwicklung in der jüngeren Vergangenheit bestätigt. Die gute überregionale Erreichbarkeit und die günstige Lage in unmittelbarer Nachbarschaft zur wachsenden „Stadtregion+“ sind klare Standortvorteile im Vergleich zu den anderen Teilgebieten des Untersuchungsgebietes.

Neben diesem Hauptknoten benötigt das funktionale und raumstrukturelle Netzwerk innerhalb der Region aber auch Stabilisierungskerne, die als Siedlungs- und Versorgungsschwerpunkte vornehmlich intraregional ausgerichtet sind. Zentralitäten sollten jedoch künftig nicht mehr allein auf Gemeindeebene gedacht und festgemacht werden. Akteure vor Ort sind Gemeindegrenzen weitgehend egal, wenn sie nach dem optimalen Standort suchen und ähnlich verhält es sich mit der Strahlkraft von Lage- und Ausstattungskriterien.

Es ist zu empfehlen, statt „Zentralen Orten“ „Zentrale Cluster“ zu entwickeln. Um eine entsprechende Umstrukturierung von Fördersystemen wird man im Zuge dessen nicht umhin kommen. Doch sind neue Formen, wie etwa eines intraregionalen Finanzausgleichs, auch aus anderen Gründen nötig.

Wenn nicht mehr alle Gemeinden dieselbe Chance auf Wachstum haben, sondern gemäß ihrer „Eignungen“ und ihrer funktional-raumstrukturellen Bedeutung für die Gesamtregion bewertet werden, muss auf eine andere Art ein Ausgleich für solche Gemeinden ermöglicht werden, die ihre Entwicklung ganz bewusst limitieren.

All das beinhaltet im Umkehrschluss auch den in der These angesprochenen „sozial verträglichen Rückzug aus der Fläche“. Wenn in attraktiven Lagen ebensolche attraktive Versorgungs- und Wohnangebote für verschiedene Nachfragegruppen bereitgehalten werden, die eine deutliche Verbesserung der Lebensumstände bedeuten, so erfolgt der „Rückzug aus der Fläche“ künftig auf weitestgehend geordneter und freiwilliger Basis und zum Vorteil der (binnen)wandernden Bevölkerung.

- ***Die „Alten“ sind ein regionales „Potenzial“.***
- ***Lebensgewohnheiten, aber auch Fertigkeiten der „künftigen Alten“, werden sich von denen der „heutigen Alten“ deutlich unterscheiden (Stichworte „WG-Generation“, Freizeit- und Konsumverhalten, Beherrschung neuer Medien etc.).***

Ältere Menschen sind in mehrfacher Hinsicht ein großes Potenzial, gerade für und in peripheren Räumen. Insbesondere wenn es um die Entwicklung von Ortskernen geht, liegt es mehr als nahe, dort die Schaffung von altengerechten Wohn- und Betreuungsformen als einen wichtigen Baustein anzusehen.

Ältere Menschen sind nicht nur zahlenmäßig zusätzliche Bevölkerung. Geht man vor Ort auf die spezifischen Nachfragemuster nach persönlichen Dienstleistungen oder im Einzelhandel ein, so stellen sie auch ein nicht zu unterschätzendes Kundenpotenzial dar.

Es darf nicht vergessen werden, dass all diesen Überlegungen ein Blick in die Zukunft zugrunde liegt. Deswegen bekommt die zweite These eine wichtige Bedeutung. Die „künftigen Alten“ werden zu großen Teilen andere Lebensentwürfe und Selbstverwirklichungsstrategien haben als es bei der heutigen alten Generation der Fall ist. Und eben auch darin liegen große Potenziale: Mehrgenerationenwohnen, ein sehr aktives Freizeitverhalten und damit verbundene Konsummuster bzw. -ansprüche dieser auch tagsüber anwesenden Bevölkerungsgruppe seien nur drei Beispiele dafür. Gerade in strukturschwachen Regionen können aktive ältere Menschen auch eine wichtige Rolle im gesellschaftlichen und sozialen Leben übernehmen, wenn es um ehrenamtliche Tätigkeiten geht. Entsprechend innovative Wohn- oder Siedlungsideen können vor allem in den Ortskernen bzw. den Innenbereichen besonders gut umgesetzt werden und dazu beitragen, dass die zentrale Funktion solcher Ortskerne in sozialer, ökonomischer aber auch in städtebaulicher Hinsicht künftig gestärkt und ausgebaut wird.

- ***Die Aufrechterhaltung einer Daseinsvorsorge wird künftig nur durch interkommunale Zusammenarbeit und Aufgabenteilung (z.B. auf kleinregionaler Ebene) bewältigbar sein. Eine Berücksichtigung solcher Kooperationsstrukturen im Finanzausgleichssystem könnte die Voraussetzungen dafür verbessern.***

Die Daseinsvorsorge in einer geographisch und strukturell heterogenen Region zu sichern, ist schon in der Gegenwart ein aufwändiges und kostenintensives Unterfangen. Wie in allen anderen hier relevanten Themenbereichen geht es

auch dabei um Bündelung der Ressourcen: Nicht mehr jede Gemeinde wird in Zukunft alles bieten können oder müssen. Nicht nur im Bereich der Daseinsvorsorge, auch wenn es um Gewerbegebiete oder technische Infrastrukturen geht, müssen die entsprechenden Bedarfe ermittelt und an den dafür günstigsten Standorten bereitgestellt werden. Mit einfachen Worten: Einige Gemeinden werden beispielsweise auf die Erschließung von neuen Siedlungs- oder Gewerbeflächen zugunsten besser geeigneter intraregionaler Standorte verzichten müssen. Dies kann nur dann funktionieren, wenn ein entsprechendes Ausgleichssystem existiert, das verhindert, dass die Entwicklung der intraregionalen Hauptknoten nicht auf dem Rücken der übrigen Teilbereiche geschieht. Die räumlichen Synergien, die durch die Bündelung der verbleibenden Potenziale (egal ob Einwohner, Energie, Unternehmen etc.) möglich sind, können aber eben nur dann entstehen, wenn sie nicht – mehr oder weniger – beliebig über den Gesamttraum verteilt werden.

Auf kleinregionaler Ebene wird Kooperation daher wichtiger werden und sollte die nötige Unterstützung erhalten. Es erscheint sinnvoll, interkommunale Kooperation erst auf diesen Ebenen zu starten, wo es vergleichsweise einfach möglich ist, z.B. Bauhof-Teilung, gemeinsame Standesämter, dezentralisierte Kindergärten und entsprechende Fahrdienste etc. Die Kleinregionen können dabei eine sehr wichtige koordinierende und moderierende Rolle übernehmen. Hier kommt es, so wie im Szenario „Regionale Akupunktur“ beschrieben, zu dieser Konstellation: Auf lokaler/kleinregionaler Ebene werden die lokalen Ressourcen (personell, politisch) aktiviert und den Bedürfnissen der Teilbereiche angemessene Strategien entwickelt, die finanziell und fachlich von den überlokalen Förder- und Verwaltungsebenen mit getragen werden.

Gerade in Hinblick auf räumlich-funktional zusammenhängende Teilgebiete wie die Achse A2/S31 stellt sich aber auch die Herausforderung, interkommunale Zusammenarbeit über Bundesländergrenzen hinweg zu organisieren.

- ***Nachhaltige Selbstorganisation erfordert eine „kritische Masse“ an Akteuren und darf nicht von der zeitlich befristeten Einsatzbereitschaft einzelner Personen abhängen. Auch bedarf es eines entsprechenden wirtschaftlichen Backgrounds. Beide Voraussetzungen sind eher in den Klein- und Mittelzentren zu finden, deren Bedeutung und (klein-)regionale Verantwortung künftig auch in dieser Hinsicht zunehmen wird.***

Sowohl im Szenario „Rückzug“ als auch im Szenario „Regionale Akupunktur“ wurde darauf hingewiesen, dass die Zahl der notwendigen Siedlungs- und Versorgungsschwerpunkte auf teilregionaler Ebene künftig auf ein Maß begrenzt sein muss, das die Bündelung der wenigen intraregionalen Ressourcen und Potenziale unterstützt und nicht konterkariert. Jedoch werden wohl nicht alle Klein- und Mittelzentren einen entsprechenden Bedeutungszuwachs erleben – sondern manchmal sogar das Gegenteil, zugunsten geeigneterer Standorte.

Fazit

Zum Start des Projektes wurden allgemeine Fragestellungen aufgeworfen. Vieles wurde bereits in der voranstehenden Reflexion dazu ausgeführt, sodass nur mehr einige Ergänzungen erforderlich sind:

- ***Ist für periphere Regionen das Prinzip der „dezentralen Konzentration“ zielführend?***
- ***Sollte Entwicklung künftig gezielt und vorrangig dort gefördert werden, Angebote dort geschaffen werden, wo auch ein entsprechendes Entwicklungspotenzial vorliegt?***

Vergleicht man die möglichen Auswirkungen von Szenario 3 („Regionale Akupunktur“) auf die künftige Entwicklung mit denen der anderen beiden Szenarien, fällt die Antwort auf diese beiden Fragen leicht. Die angenommene gezielte Stärkung und Aufwertung regionaler und intraregionaler „Kristallisationskerne“, (Strategie einer „regionalen Akupunktur“) lässt längerfristig die günstigsten Aussichten auf die regionale Entwicklung erwarten.

Viel spricht dafür, dass eine Verfolgung dieser Strategie in Raumordnung und Regionalpolitik in peripheren Regionen nicht nur raumordnerisch „zielführend“ sondern „überlebenswichtig“ ist.

In der wachsenden, dynamischen Stadtregion werden für eine räumliche Entwicklung in Richtung dezentraler Konzentration vorwiegend Ordnungsargumente ins Treffen geführt: Es geht um Verteilung von Wachstum unter Vermeidung von Zersiedelung sowie Minimierung von Flächenverbrauch, Erschließungskosten, zunehmender Verkehrsströme u.a.m.

In Räumen wie der Projektregion treten verstärkt Aspekte der Sicherung eines nachhaltigen, ökonomisch tragfähigen Angebotes zur Daseinsvorsorge trotz Bevölkerungsrückgangs in den Vordergrund.

Auch in derzeit entsprechend mit Infrastrukturen ausgestatteten und verkehrsmäßig gut angebundenen regionalen und intraregionalen Zentren – also unseren sogenannten „Kristallisationskernen“ - ist „Potenzial“ keine immerwährende,

allesüberdauernde Selbstverständlichkeit. Es ist ausbaufähig, kann aber auch im Laufe der Zeit, insbesondere bei permanenten Bevölkerungsverlusten, sukzessive verloren gehen. Gewinnen solche Kerne jedoch (durch gezielte Intervention) an Qualität und Ausstrahlung, profitiert davon eine ganze (Klein)Region und ihr Image. Verlieren sie diese aber, verliert damit auch die Region.

„Dezentrale Konzentration“ bedeutet nicht ausschließliche Konzentration auf eine Stärkung einzelner zentraler Orte oder Gemeinden. Auch Funktions- und Aufgabenteilung, Bündelung von Ressourcen und Kompetenzen sollte auf Ebene von Kleinregionen verstärkt unterstützt und gefördert werden.

- *Wo sind Entwicklungschancen günstig bzw. intakt? Wo nicht?*

Grundsätzlich gibt es keine „potenzialfreien“ Räume, aber nicht überall finden sich geeignete Voraussetzungen oder entsprechenden Potenziale für jede Nutzung.

Die durchgeführte Potenzialanalyse beantwortet die Frage, wo Entwicklungschancen hinsichtlich „wohnen“ intakt sind – und wo nicht. Schon heute zeigt sich ein regional deutlich strukturiertes Muster. Räumen mit durchaus guten bzw. intakten Ausstattungs- und Anbindungsqualitäten stehen Gebiete gegenüber, denen eine wesentlich ungünstigere Ausgangssituation attestiert werden muss. Diese heute schon spürbaren Disparitäten werden sich noch künftig verstärken.

„Regionaler Akupunktur“ versteht sich nicht nur als Strategie für eine gezielte Stärkung von „Kristallisationskernen“. Sie empfiehlt sich auch für den Umgang mit Schrumpfung und Rückzug. Um solche, mancherorts unaufhaltbaren und irreversiblen Prozesse in sozial verträglicher Form begleiten zu können, fehlen heute weitgehend geeignete regionalpolitische Instrumente. Bei einer Überarbeitung der Raumordnungsgesetze der Länder wäre zu berücksichtigen, dass diese derzeit vorwiegend auf Lenkung und Ordnung von Wachstum ausgerichtet sind.

- *Welche Chancen bietet der demografische Wandel?*
- *Welche Erfordernisse leiten sich daraus ab?*

Der Blick auf die Wanderungssalden nach Alter zeigt, dass die Region die vergleichsweise höchsten Wanderungsgewinne in der Altersgruppe 60-65 verzeichnet. Es scheint also offensichtlich einen gewissen Trend zur Rückkehr in die Region nach Beendigung der aktiven Berufslaufbahn zu geben.

Der demografische Wandel ist nicht nur eine Herausforderung für periphere Regionen, in denen die Alterung der Bevölkerung besonders ausgeprägt ist, er ist auch eine Chance.

Unsere Nachbarstaaten (Ungarn und Slowakei) dürften dieses „Potenzial der Alten“ bereits entdeckt haben und beginnen es bereits für sich zu erschließen. In zunehmendem Maß werden Altenwohnungen und -einrichtungen in Grenznähe errichtet und v.a. österreichischen Kunden angeboten. Auch in unserer Projektregion wurden bereits erste Initiativen gesetzt. Ob, und wie weit eine Forcierung solcher spezifischen Angebote an geeigneten Standorten in peripheren Regionen zur regionalen Stabilisierung und gleichzeitig zu einer Entschärfung des Problems der Wohnraumbeschaffung (durch Freiwerden von Wohnraum) v.a. für junge Berufstätige in der wachsenden Stadtregion beitragen kann, kann hier nicht beurteilt werden. Ein Erfordernis, sich mit diesem Thema intensiver auseinander zu setzen lässt, sich ableiten.

Keines der dargestellten Szenarien lässt erwarten, dass unsere Projektregion - insgesamt gesehen - im Betrachtungszeitraum bis 2030 zu einem dynamischen Wachstumsraum wird.

Die Voraussetzungen und Chancen für eine regionale Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung der Projektregion sind jedoch, wie das Szenario 3 aufzeigt, gegeben.

Ein Erfolg wird jedenfalls sehr stark davon abhängen, ob es gelingt, den dazu erforderlichen Paradigmenwechsel zu vollziehen und so zu kommunizieren, dass er breite Akzeptanz findet und von regionalen und kommunalen Akteuren mitgetragen wird.

Ein im Sinne der „regionalen Akupunktur“ konsequent gebündelter Einsatz eines entsprechenden Ordnungs- Interventions- und Förderungsinstrumentariums scheint nicht zuletzt auch unter dem Aspekt immer knapper werdender finanzieller Handlungsspielräume künftig ohne erfolgversprechende Alternative.

Smart City & Region Pilotstudie

Ausgangslage und Aufgabenstellung

Der globale Klimawandel und absehbare Energieprobleme erweisen sich als gravierende Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Aufgrund der zunehmenden Verstädterung werden diese Fragen aber zu einem wesentlichen Teil in Agglomerationsräumen zu lösen sein. Zu den damit verbundenen Themen Klimaschutz, Energie- und Ressourceneffizienz ist in den letzten Jahren der „Smart City“-Ansatz entwickelt worden, der zu einem Leitthema für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten geworden ist. Als wichtige Aufgabe stellte sich nun die Erweiterung dieses Ansatzes auf die regionale Ebene („Smart City&Region“).

Das wesentliche Merkmal und das übergeordnete Ziel für eine Smart City & Region Wien ist die Entwicklung zu einer postfossilen Gesellschaft, in der gleichzeitig aber auch eine hohe Lebensqualität gewährleistet werden soll. Dafür spielen unterschiedliche Lebensstile und die damit in Zusammenhang stehende Akzeptanz der NutzerInnen eine wesentliche Rolle. Nicht der Verzicht, sondern Qualitätssteigerung und Erhöhung der Effizienz stehen im Vordergrund. Wesentlich ist dabei die Berücksichtigung sozio-ökonomischer Aspekte, v.a. die Leistbarkeit für alle Bevölkerungsgruppen. Die möglichen Energieeinsparungen sollten die dafür notwendigen Investitionsaufwendungen tragen können. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die dadurch mögliche wirtschaftliche Entwicklung, bei der ein großer Teil von Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energieerzeugung regionalwirtschaftlich wirksam wird. Darüber hinaus bleibt die Wertschöpfung durch die Gewinnung erneuerbarer Energie in der Region. Insbesondere für die ländlichen Teilregionen entstehen dadurch auch Chancen für Wertschöpfung und Arbeitsplätze.

In einem „Screening“ im Rahmen einer Pilotstudie, welche das Österreichische Institut für Raumplanung im Rahmen der PGO erstellte, sollten die Stärken der Ostregion und der Stadtregion („Stadtregion+“) in Richtung einer „Smart Region“ untersucht und entsprechende Handlungsoptionen im Rahmen der PGO entwickelt und aufgezeigt werden, um raum-, mobilitäts-, energie- und klimarelevante Aktivitäten der Länder im Sinne einer „Smart Region“ zu optimieren. Empfehlungen für weitere Schritte und eine zweckmäßige weitere Vorgangsweise sollten ebenfalls ein Ergebnis dieser Studie sein.

Bearbeitungsschritte

Aus diesen Zielen leiteten sich folgende Bearbeitungsschritte ab:

- Definition des „Smart Region“-Ansatzes für eine internationale Einordnung der Region: die Sichtung und Aufbereitung von relevanten Unterlagen im Rahmen des „Screenings“, internationale Positionierung der Region und Erarbeitung von Inputs für die Fachdialoge.
- Zwei Fachdialoge mit Stakeholdern und ExpertInnen aus den Bereichen Siedlungsentwicklung, Bauwesen, Energiesysteme und Mobilität (Raum-Energie-Fachdialog, Raum-Mobilität-Fachdialog).
- Zusammenfassung der Ergebnisse mit Schlussfolgerungen und Empfehlungen für weitere Schritte.

Die erarbeitete Pilotstudie legte den Fokus auf die „funktionalen“ Agglomerationsgrenzen, die die Stadtumlandregion miteinschließen („Stadtregion+“). Da aber die Kompetenzen für Klima-, Energie- und Verkehrsstrategien in der Ostregion zum überwiegenden Teil auf Ebene der Bundesländer liegen, erstreckt sich der Begriff „Smart City&Region“ auch auf die Ostregion („PGO-Region“).

Ergebnisse des „Screenings“

Relevante strategische Dokumente und Schlussfolgerungen zum Thema Energie und Klimaschutz in den drei Bundesländern:

Wien: Klimaschutzprogramm der Stadt Wien (KliP II), Städtisches Energieeffizienzprogramm Wien (SEP)
Niederösterreich: NÖ Klimaprogramm 2009-2012; NÖ Energiefahrplan 2030
Burgenland: Bgld. Energiekonzept 2003, Energiestrategie Bgld, Klimaschutzprogramm Burgenland 2011 (KliB 2011)

Alle 3 Bundesländer weisen in ihren Strategien relativ ambitionierte Ziele in Bezug auf die Gewinnung erneuerbarer Energie aus, wobei in den Bundesländern für die in Frage kommenden erneuerbaren Energieträger unterschiedlich hohe Potenziale bestehen. Parallel zum Ausbau der erneuerbaren Energie soll die bislang jährliche Steigerung des

Energieverbrauchs durch Effizienzmaßnahmen (in allen Sektoren) reduziert werden, wobei vor allem in Wien der Schwerpunkt auf Effizienzsteigerung gelegt wird. Mit Ausnahme vom Wiener Klimaschutzprogramm beinhalten die Landesstrategien bisher aber keine Aussagen zu räumlich größeren Zusammenhängen oder zur Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energieerzeugung. Zu bemerken sind auch die derzeit grenzüberschreitenden Versorgungsgebiete von „Wien Energie“, die auch weite Teile des Stadtumlandes von Wien umfassen.

Schlussfolgerungen zum Thema Mobilität in den 3 Bundesländern:

Alle 3 Bundesländer streben in ihren Landesverkehrskonzepten die Abstimmung von Raumplanung und Verkehrsplanung an. Die Beeinflussung der Siedlungsentwicklung mit dem Ziel verkehrsvermeidende Strukturen zu schaffen, wird eine große Herausforderung bleiben.

In allen 3 Bundesländern ist der Einsatz von Telematiklösungen zur multimodalen Verkehrsinformation und zur Optimierung des Verkehrsverhaltens ein wichtiges Thema (z.B. AnachB, Quando, Scotty). Die Herausforderung wird darin bestehen, bereits mehrere vorhandene Einzelbausteine auf einer Plattform zusammenzufassen und attraktiv für die Kunden aufzubereiten (z.B. Ziel des Forschungsprojektes SMILE). E-Mobilitätslösungen zur Umsetzung „nicht vermeidbarer“ MIV-Fahrten und zur CO₂-Reduktion werden ebenfalls in allen 3 Bundesländern weiterverfolgt (vor allem auf CarSharing Konzepte aufbauend und als Zubringer zum ÖV). Die Finanzierung der multimodalen Verkehrssysteme wird für alle 3 Bundesländer eine wesentliche Herausforderung bilden.

Ergebnisse der beiden Fachdialoge

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen zum Fachdialog Raum und Energie:

Das bestehende Portfolio von Ansätzen für energieeffiziente Gemeinden und Regionen zeigt ein breites Angebot von Aktivitäten. Die bereits laufenden Gemeinde- und Regionsaktivitäten können als Erfahrungsschatz für die Weiterentwicklung von Kooperation und Koordination dienen (z.B. gemeindeübergreifende Zusammenarbeit in „e5-Gemeinden“, EKKO-Gemeinden (EnergieKonzepte für Kommunen)).

In Bezug auf eine künftige, fachlich und Landesgrenzen-übergreifende Kooperation und Koordination innerhalb der Stadtregion+ sind bezüglich der Governance-Strukturen und der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Akteuren noch genauere Konsultationen insbesondere auch bei den Energieversorgungsunternehmen erforderlich, mit dem Ziel Synergie zwischen den einzelnen Teilregionen und einem teilweise regionalen Ausgleich von Energieproduktion und -verbrauch zu erreichen.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen zum Fachdialog Raum und Mobilität:

Smarte Lösungen im Bereich Verkehr sollen auf die unterschiedlichen Raumtypen ausgerichtet sein (z.B. auf ÖV-Achsen, Verkehrs- und Umsteigeknoten, Zentrenbereiche, periphere Räume), mit beispielsweise entsprechenden neuen Organisationsformen bei Fahrzeugverleih und –nutzung, Verbesserung des multimodalen Verkehrsangebots, Verhaltensänderung im Verkehr durch gezielte wirksame Bewusstseinsbildung und Vereinfachung des Zugangs zu Informationen über das ÖV-Angebot und Vereinfachung des Ticketverkaufs (unter dem Motto: „ein Ticket für Alles“ – auch elektronisch).

Wesentlich ist aber auch, dass gerade im Bereich der Mobilität eine „smarte“ Entwicklung nicht nur mit „smarter“ Technologie allein sondern vor allem mit einem „smarten“ Verhalten der Verkehrsteilnehmer erreicht werden kann, weil zum Beispiel Energie- und CO₂-Einsparung durch technologische Effizienzverbesserung häufig durch individuelle Verkehrssteigerung kompensiert wird. Daher muss eine Entwicklung zur „smarten“ Mobilität besonders durch Bewusstseinsbildung unterstützt werden.

Darstellung von Smart City&Region-Projekten auf einer Landkarte der Aktivitäten:

Im Rahmen der beiden Fachdialoge und der Projektrecherchen wurden Informationen über Smart City Projekte und Aktivitäten gesammelt. Im Rahmen der SUM-Konferenz (Konferenz des Stadt Umland Managements) wurden diese Karten ausgestellt und von TeilnehmerInnen der Konferenz um weitere Projekte ergänzt. Die „Landkarte der Aktivitäten“ wurde nach Projekttypen auf lokaler und regionaler Ebene geordnet und in zwei getrennten Karten dargestellt (siehe folgende Abbildungen/Karten). Sie geben einen aktuellen Überblick („Work in Progress“), wobei orange hinterlegte Aktivitäten/Projekte Energie-Relevanz und blau hinterlegte Aktivitäten/Projekte Mobilitäts-Relevanz haben. Aufgrund der Herkunft der Teilnehmer an den beiden Fachdialogen und der SUM-Konferenz konzentrieren sich die dargestellten Projekte auf die Stadtregion+.

Neben einer laufenden Aktualisierung sind vor allem jene Projekte wichtig, denen der Charakter von „Leuchtturmprojekten bzw. Leitprojekten“ zukommen wird und die für eine „Smart Region“ eine wichtige beispielgebende und vernetzende Funktion übernehmen sollen.



Quelle: Fachdialoge „Raum und Energie“ sowie „Raum und Mobilität“ und SUM-Konferenz

Benchmarking-Studien im Zusammenhang mit „Smart City“

Im Rahmen der Pilotstudie wurden auch internationale Benchmarking-Studien untersucht, die direkt oder indirekt „Smart City“ zum Thema haben: Green City Index (i.A. von Siemens entwickelt), Mercer Studie – Quality of Living Survey, Boyd Cohen - Smart Cities Ranking, UN Habitat - Prosperity Index. Die Analyse dieser Benchmarking-Studien weist für Wien im Großen und Ganzen auf eine sehr günstige Situation hin, obwohl bei genauerer Analyse von Teilbereichsbewertungen auch noch deutliche Verbesserungspotenziale bestehen.

In einer groben Einschätzung können solche Rankings folgenden Nutzen bringen:

- Anreiz für das Vorantreiben von Smart City Entwicklungen
- Nutzen für Städte mit Spitzenpositionen für deren Weiterentwicklung und als internationale Wettbewerbsvorteile

Schlussfolgerungen:

Die beständige Weiterentwicklung von Rankings und internationalen Benchmarkingprojekten auch im Smart City Bereich lässt darauf schließen, dass künftige Vergleiche in zunehmendem Maße regionale Aspekte und Verflechtungen mit einbeziehen werden. Daher erscheint eine frühzeitige Koordination regionaler Aktivitäten und die konzeptionelle Weiterentwicklung des Themas „Smart City&Region“ auch für zukünftige Rankings wesentlich. Dazu wäre die regionsumfassende Aufbereitung entsprechender Daten und Informationen sowie die Aufbereitung und Behandlung beispielgebender Leuchtturmprojekte und innovativer Ansätze wichtig und könnte einen bedeutenden Schritt in Richtung einer strategischen und konzeptionellen Weiterentwicklung zu einer „Smart City&Region“ bilden.

Auch in einigen Metropolregionen (wie etwa der Trinationale Eurodistrict Basel, Region München und Berlin/Brandenburg) bilden Ziele wie die Erhöhung der regionalen Energieversorgung und Energiesicherheit als auch Ressourcenschonung wichtige Aspekte in den Entwicklungsstrategien für die Metropolregionen. Auch für den internationalen Wettbewerb versuchen sich diese als innovative „Smart Regions“ zu positionieren.

Zusammenfassende Ergebnisse zur Weiterentwicklung des Smart City&Regions-Ansatzes:

Zusammenfassend zeigt sich ein hohes Potenzial für die Gewinnung erneuerbarer Energie in der PGO-Region (Ostregion) auf der einen Seite, andererseits liegen aber noch kaum länderübergreifende Strategien zum Energie- und Klimaschutzthema vor, welche die Stadtregion oder die Ostregion umfassen. Eine gemeinsame Konzeptentwicklung und die Definition von gemeinsamen Entwicklungszielen in Form einer „Roadmap für die Gesamtregion“ wären Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung, die auch in eine integrierte Energieentwicklungs- und Klimaschutzstrategie für die Ostregion oder auch in „smarte“ regionale Mobilitätskonzepte münden bzw. die entsprechende Grundlage dafür bilden könnten.

Möglicher Beitrag der PGO zu einer „Smart City&Region“:

Seitens des Verfassers der Studie wird vorgeschlagen, den Wissens- und Erfahrungsaustausch über relevante Projekte in der Region sowie die Vernetzung und Kooperation der relevanten Akteure zu unterstützen. Dadurch könnten die Potenziale der Region besser genutzt werden.

Der Beitrag, den die PGO leisten könnte, wäre, zu bestimmten Themenbereichen eine Diskussions- und Entwicklungsplattform („Smart City&Region-Plattform“) aufzubauen, bei der die Gestaltung eines regelmäßigen Erfahrungsaustausches über Innovation und Anwendererfahrungen in der Region systematisch erfolgen könnte, vor allem mit dem Ziel, die Vernetzung zwischen den relevanten regionalen Akteuren zu stärken und damit einen Mehrwert zu erzielen.

Die Zusammensetzung der geladenen ExpertInnen dieser Plattform soll je nach Diskussionsthema variieren. Jedenfalls soll es gelingen, gezielt die wichtigen ExpertInnen, Stakeholder (insbesondere auch von den Energieversorgungsunternehmen) und VerwaltungsvertreterInnen aus der gesamten Region mit einzubinden. Neben einem Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen den relevanten Akteuren über wichtige Projekte und Projektinitiativen könnten in der Plattform in einem Zeitraum von 1-2 Jahren auch wichtige Abstimmungen zwischen den PGO-Ländern für eine integrierte Energieentwicklungs- und Klimaschutzstrategie erfolgen und auch das Thema „Smarte Mobilität“ und die Konkretisierung sowie Umsetzungsmöglichkeiten entsprechender strategischer Maßnahmen behandelt werden. Gemeinsam mit Stakeholdern könnten auch Ideen für grenzübergreifende Leitprojekte („Leuchtturmprojekte“) entwickelt werden, die für „Smart City&Region“ repräsentativ wären.

Eimpendler nach Wien

Achsenbezogene Untersuchung der Park&Ride Potenziale

Die Eimpendlerproblematik und das Park&Ride-System sind wichtige Stadt-Umland-Themen und waren immer wieder auch wichtige Themen für die Planungsgemeinschaft Ost (PGO). Im Zusammenhang mit der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in Wien bekamen diese beiden Themen im Zusammenhang mit dem Stadt-Umland-Verkehr eine größere Bedeutung. Um aktuelle Datengrundlagen und Ergebnisse zu diesen Themen zu erhalten, wurde im Rahmen der PGO die Bearbeitung einer Studie mit dem Titel „EimpendlerInnen nach Wien – Achsenbezogene Untersuchung der Park&Ride-Potenziale“ an DI Christian Rittler – Technisches Büro für Verkehrswesen und Verkehrswirtschaft - in Auftrag gegeben.

Anmerkung: Im folgenden Text wird für „Park&Ride“ auch die Kurzform „P&R“ verwendet, sowie „ÖV“ für öffentlichen Verkehr und „MIV“ für motorisierten Individualverkehr.

In einzelnen Bearbeitungsschritten waren dabei folgende Themen zu bearbeiten:

- Analyse der P&R- und Bike&Ride-Situation in der Ost-Region (Niederösterreich, Burgenland) bzw. in Wien nach Stellplatzangebot, -auslastung und Ausbauplanungen
- Analyse P&R- bzw. Bike&Ride-relevanter Daten im Zusammenhang mit, von einer räumlichen Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in Wien, betroffenen EimpendlerInnen
- Bedienungshäufigkeit und Auslastung entlang der ÖV- Hauptachsen
- Analyse des P&R-Erschließungspotenzials entlang der einzelnen Einfahrtskorridore nach Wien
- Detailanalyse zur selektiven Ermittlung von Verlagerungspotenzialen hin zu P&R für die ausgewählten Einfahrtskorridore St. Pölten, Mödling und Stockerau

EimpendlerInnen nach Wien - gemäß Kordonenerhebung Wien (2008/2010)

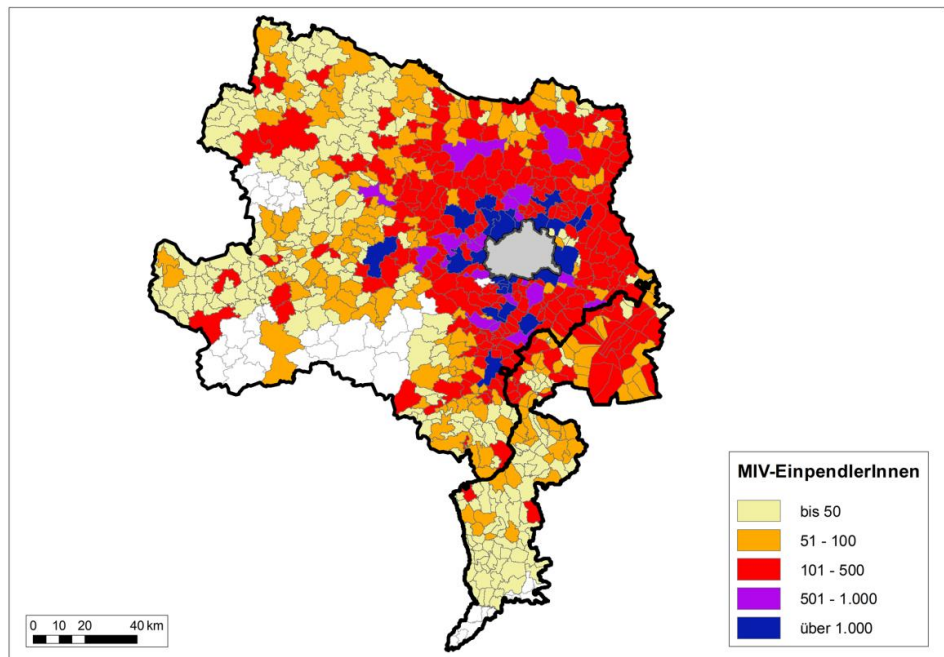
Personen pro Werktag		ÖV	MIV	Σ
Erwerbs- pendlerInnen	mind. 3-4 mal pro Woche	51.300	108.900	160.200
	weniger als 3 mal pro Woche	4.150	19.400	23.550
	Σ	55.450	128.300	183.750
	in %	30,2%	69,8%	
Ausbildungs- pendlerInnen	mind. 3-4 mal pro Woche	8.850	6.250	15.100
	weniger als 3 mal pro Woche	1.800	3.250	5.050
	Σ	10.650	9.500	20.150
	in %	52,9%	47,1%	
Σ		66.100	137.800	203.900
in %		32,4%	67,6%	

Abb. Die Wiener Stadtgrenze überquerenden PendlerInnen (inkl. durch Wien durchfahrende PendlerInnen) im ÖV (öffentlicher Verkehr) und MIV (motorisierte Individualverkehr)

Der Arbeits- und Ausbildungspendlerverkehr nach Wien weist an einem Werktag insgesamt ein Modal-Split-Verhältnis (ÖV : MIV) von 32% : 68% auf. Im Frühverkehr (5-9 Uhr) beträgt der Anteil des Arbeits- und Ausbildungsverkehrs am

Gesamtverkehr dieses Zeitsegments im ÖV ca. 92% und im MIV ca. 82%. Zu den anderen Tageszeiten treten diese Fahrten „zur Arbeit“ und „zur Ausbildungsstätte“ ebenfalls auf, aber zu deutlich geringeren Anteilen.

Die Abbildung rechts zeigt für die MIV-EinpendlerInnen nach Wien im Park&Ride-Einzugsbereich die entsprechenden Quellgemeinden in Niederösterreich und im Burgenland, die gemäß Pendleranzahl klassifiziert und eingefärbt sind.



EinpendlerInnen nach Wien und Parkraumbewirtschaftung

Bereiche unterschieden nach den Phasen der Parkraumbewirtschaftungserweiterung und nach dem noch nicht bewirtschafteten Bereich	MIV-Arbeits- und Ausbildungs-EinpendlerInnen pro Werktag		
	insges. (gerundet)	davon aus NÖ (gerundet)	davon aus Bgld. (gerundet)
Fahrtziele in Bereichen mit vor dem Okt. 2012 bestehender Parkraumbewirtschaftung (ohne Sondersituation 15.Bezirk/Bereich Stadthalle)	38.700		
Fahrtziele in Bereichen mit Parkraumbewirtschaftung ab Okt. 2012	15.900	13.500	1.200
Fahrtziele in Bereichen mit Parkraumbewirtschaftung ab Jan. 2013	2.100	1.900	130
Fahrtziele in Bereichen ohne Parkraumbewirtschaftung	73.400		
MIV-EinpendlerInnen mit Fahrtziel in Wien insgesamt	130.100		

Tab. Aufteilung der MIV-EinpendlerInnen (mit Wien als Ziel) auf die parkraumbewirtschafteten Bereiche in Wien (unterschieden nach Erweiterungsphasen) und den noch nicht bewirtschafteten Bereich

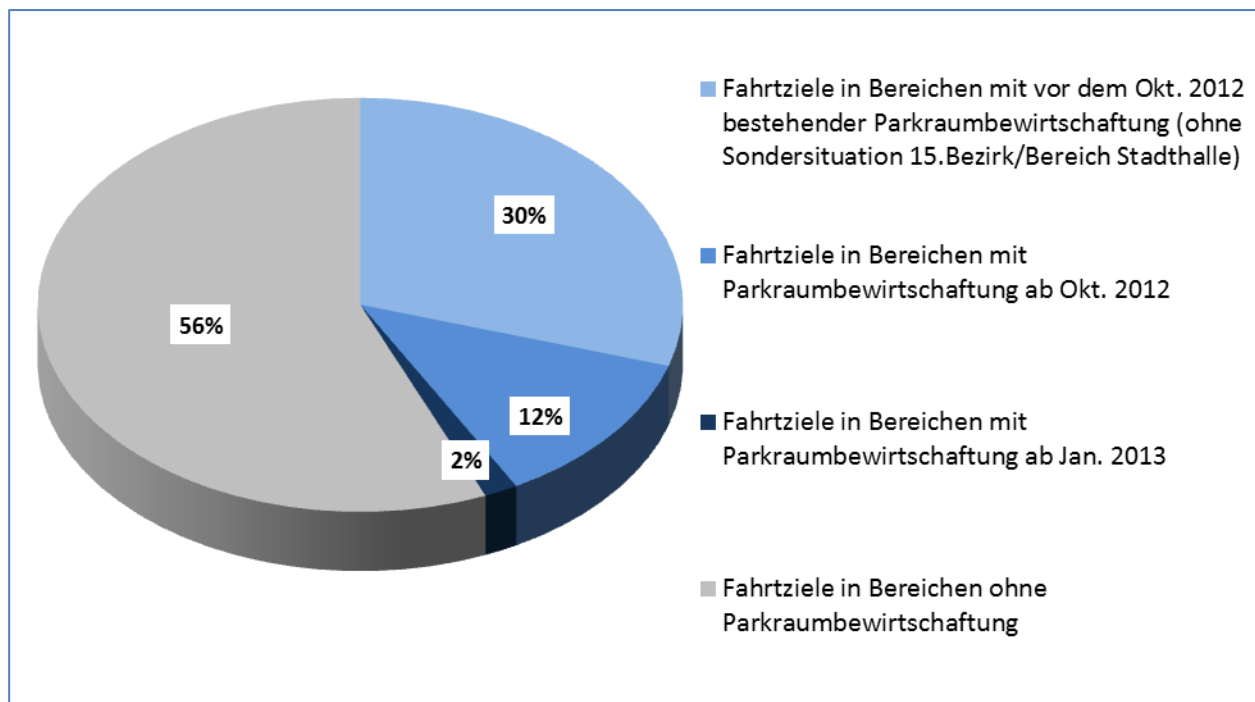


Abb. Prozentuelle Aufteilung der MIV-EinpendlerInnen (mit Wien als Ziel) auf die parkraumbewirtschafteten Bereiche in Wien (unterschieden nach Erweiterungsphasen) und den noch nicht bewirtschafteten Bereich

Von jenen PendlerInnen, die ihr Fahrtziel in den Erweiterungszonen der Parkraumbewirtschaftung haben, ist nur ein Teil betroffen, auf ein anderes Verkehrsmittel als das eigene Auto umzusteigen. In einer Studie des Ing. Büros ZIS+P-Verkehrsplanung (Prof. Sammer) wurde 2012 eine Abschätzung durchgeführt, wie viele der Nicht-Wiener Langzeit-Parker nach der Parkraumbewirtschaftung eine private/gewerbliche Garage nützen, ihr Auto außerhalb des bewirtschafteten Bereiches parken, eine Fahrgemeinschaft bilden, ihren Hauptwohnsitz in das bewirtschaftete Gebiet verlegen oder schließlich auch ein anderes Verkehrsmittel nutzen. Berücksichtigt man diese grob abgeschätzten Wahlmöglichkeiten und auch jenen geschätzten Anteil an MIV-PendlerInnen, die ohnehin bereits bisher einen Firmenstellplatz benützen können, so ergibt eine Analyse der Pendlerströme, dass durch die Parkraumbewirtschaftungserweiterung in Wien im Okt. 2012 und Jan. 2013 rund 3.300 niederösterreichische und rund 300 burgenländische MIV-EinpendlerInnen betroffen sind und als zusätzliche potenzielle Park&Ride bzw. Bike& Ride-NutzerInnen in Frage kommen könnten. Zusammen etwas mehr als 1.400 kommen davon aus den drei politischen Bezirken Wien-Umgebung, Mödling und Baden.

Park&Ride-Angebot und Ausbau

Mit Stand Mitte Jänner 2013 gibt es in der Ostregion insgesamt rd. 37.000 P&R-Stellplätze, wobei sich der überwiegende Teil mit 91% (rd. 33.700) auf niederösterreichischem Gebiet befindet. Rund 3.100 P&R-Stellplätze (8%) liegen im Burgenland und rd. 200 Wien-affine P&R-Stellplätze auf steirischem Gebiet. Zusätzlich gibt es rd. 22.700 Bike&Ride-Stellplätze (Fahrrad-Stellp.), wovon sich ebenfalls der überwiegende Teil mit 95% (rd. 21.600) in Niederösterreich befindet. Weitere 1.100 Bike&Ride-Stellplätze (8%) liegen im Burgenland.

Im Zuge der Projektbearbeitung wurde aus den gesammelten Daten von insgesamt 508 P&R- bzw. Bike&Ride-Standorten eine, zwischen den drei Ländern Wien, Niederösterreich und Burgenland, akkordierte Datenbank erstellt. Ziel sollte es sein, diese Daten seitens der Länder, als Basis für gemeinsame Planungsüberlegungen, laufend auf Stand zu halten und in einem institutionalisierten Prozess periodisch auszutauschen um diese gemeinsam zu aktualisieren.

Einfahrtskorridor nach Wien	P&R- Stellplatzangebot				Σ	Einfahrtskorridor nach Wien	Bike&Ride- Stellplatzangebot				Σ
	NÖ	Bgld	Stmk				NÖ	Bgld	Stmk		
St. Pölten	8.906	-	52		8.958	St. Pölten	5.663	-	-		5.663
Breitenfurt	-	-	-		-	Breitenfurt	-	-	-		-
Mödling	7.292	1.406	181		8.879	Mödling	5.246	353	25		5.624
Bruck / Leitha *	2.336	1.685			4.021	Bruck / Leitha	1.281	736	-		2.017
Marchegg	182	-	-		182	Marchegg	167	-	-		167
Gänserndorf	2.916	-	-		2.916	Gänserndorf	2.445	-	-		2.445
Mistelbach	2.586	-	-		2.586	Mistelbach	1.516	-	-		1.516
Klosterneuburg	5.634	-	-		5.634	Klosterneuburg	3.159	-	-		3.159
Stockerau	3.831	-	-		3.831	Stockerau	2.122	-	-		2.122
Gesamt	33.683	3.091	233		37.007	Gesamt	21.599	1.089	25		22.713

* Bhf Bruck a.d. Leitha (443 NÖ / 40 Bgld)

Tab. Park&Ride und Bike&Ridestellplätze nach Einfahrtskorridoren – außerhalb von Wien

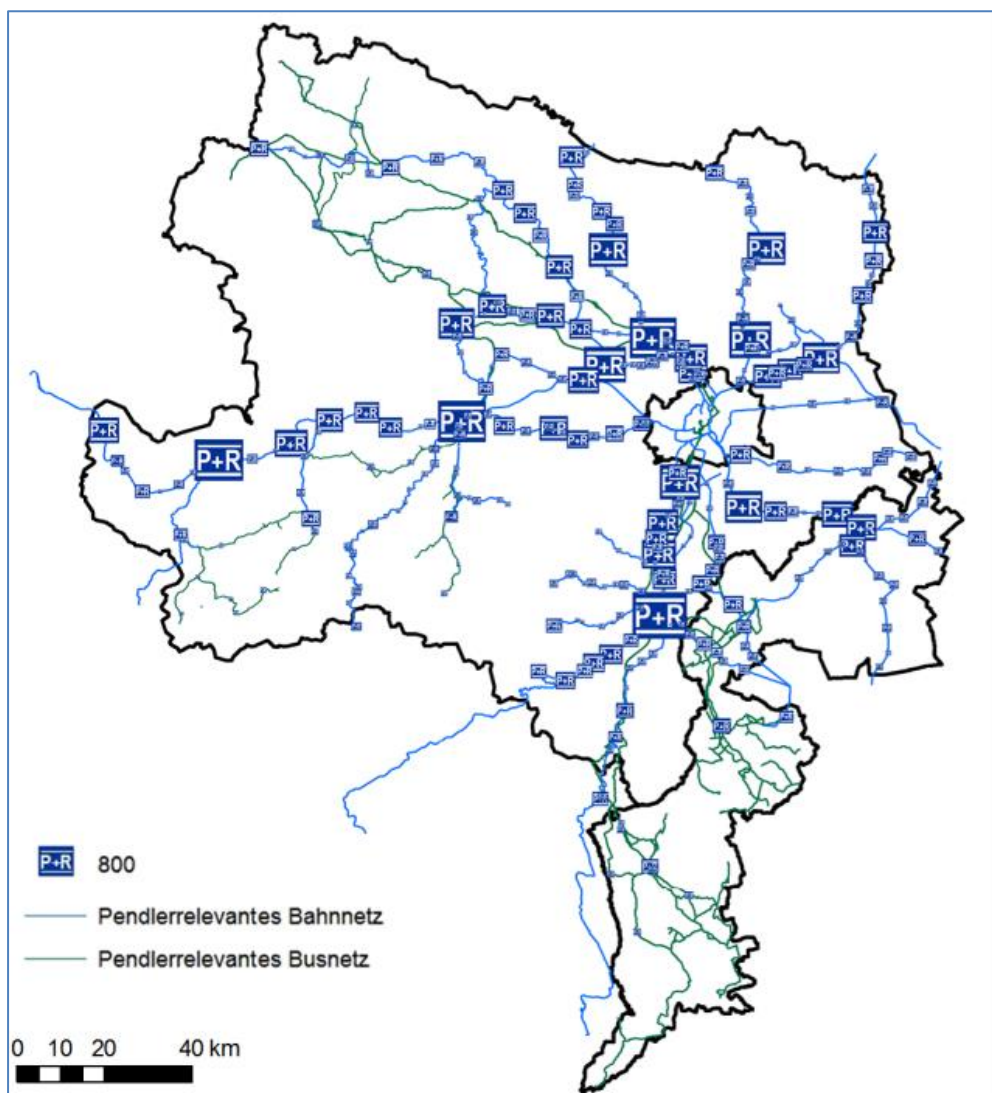


Abb. Park&Ride-Stellplatzangebot in der Ostregion (ohne Wien)

Aufgrund der starken Nachfrage, vor allem im Umland von Wien entlang der Hauptschienenachsen, wird das P&R-Angebot in Niederösterreich laufend ausgebaut. Neben diesem geplanten Stellplatzzuwachs wurden in den letzten Monaten, im Zusammenhang mit der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in Wien, zusätzliche provisorische P&R-Stellflächen an neuralgischen Standorten errichtet. Im P&R beläuft sich der bis 2015 geplante Ausbau in

Niederösterreich auf insgesamt rd. 3.600 P&R-Stellplätze, wovon rd. 900 Stellflächen bereits hergestellt wurden. Auf burgenländischer Seite sind 60 P&R-Stellplätze geplant.

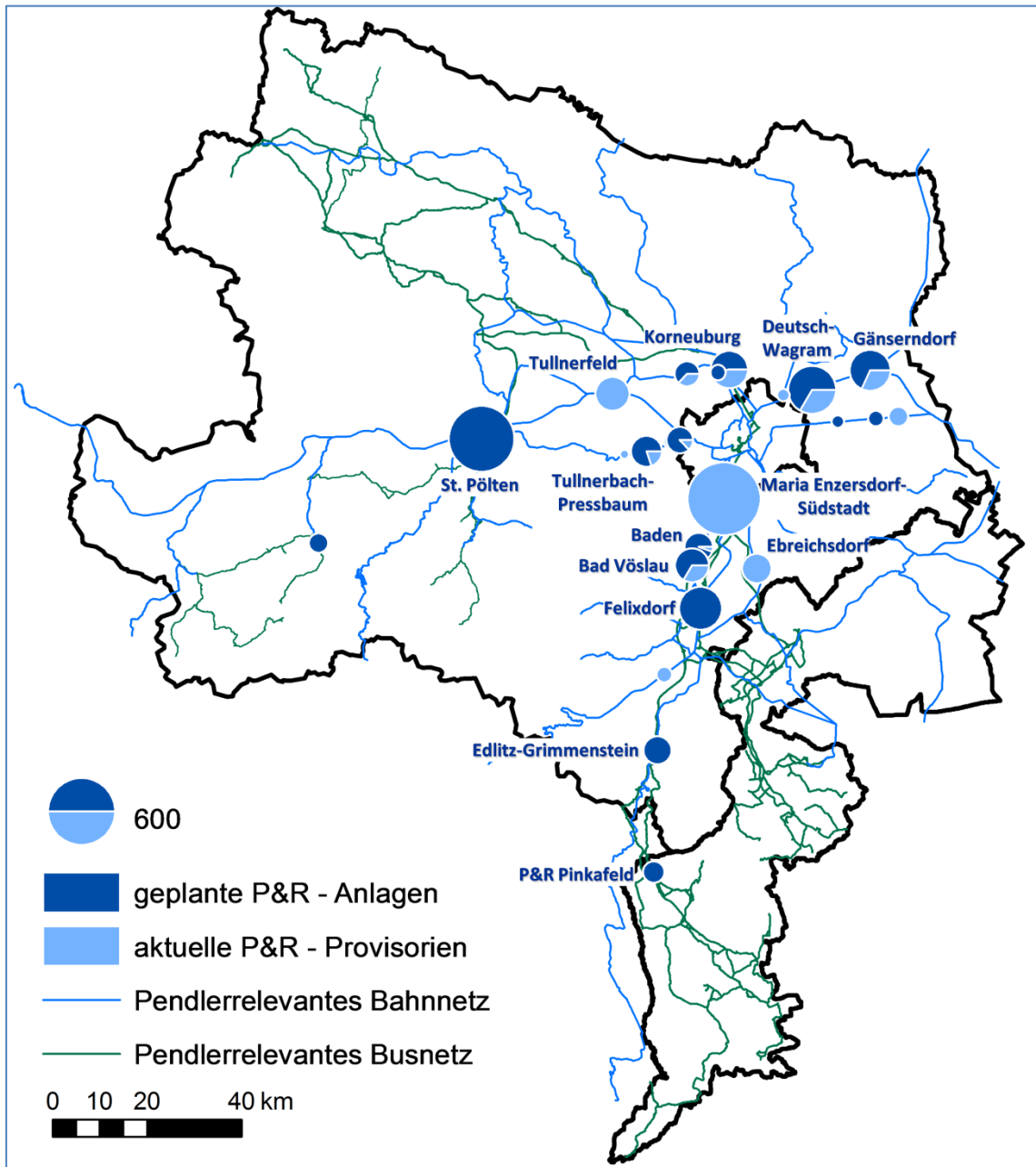


Abb. Park&Ride-Stellplatzausbau in der Ostregion (ohne Wien) – bis 2015

Das **P&R-Angebot in Wien** unterscheidet sich substantiell von jenem in den Bundesländern Niederösterreich und Burgenland. In Wien handelt es sich bei den P&R-Standorten vorwiegend um bewirtschaftete Parkdecks an neuralgischen Stadteinfahrten. Insgesamt befinden sich in Wien aktuell rd. 8.900 P&R-Stellplätze. Ordnet man das P&R-Angebot den jeweiligen Einfahrtskorridoren zu, so zeigt sich, dass die meisten Stellplätze im Korridor St. Pölten (rd. 2.200) bzw. im Bereich der Korridore Gänserndorf und Mistelbach liegen (gemeinsam rd. 2.700). Geplant ist in Wien, das P&R-Stellplatzangebot in den nächsten Jahren um rd. 4.900 zu erhöhen (Summe ohne lgfr. P&R-Standort Rothneusiedl). Die Schwerpunkte liegen hier in den Korridoren Mödling (rd. 2.200) und Marchegg (rd. 1.500).

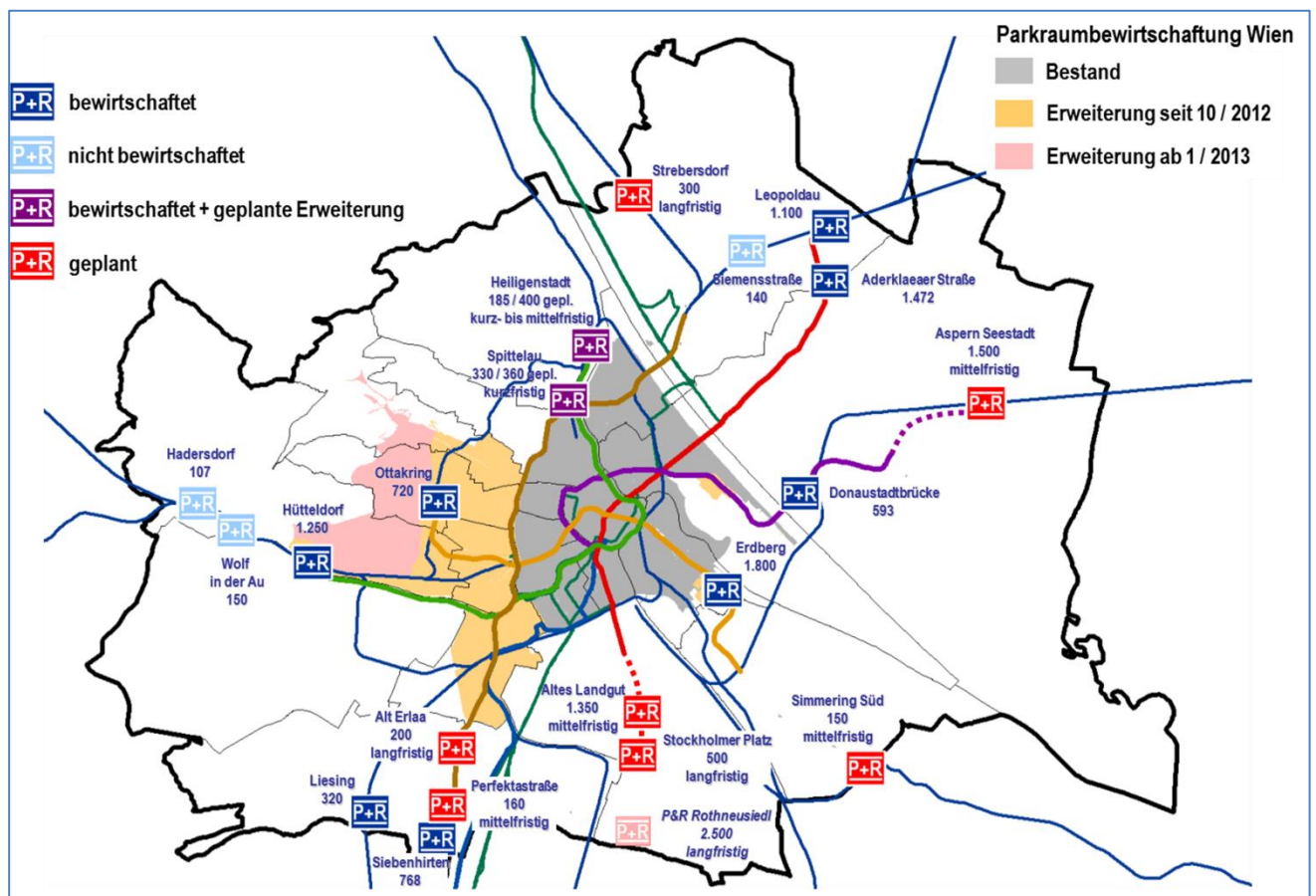


Abb. Park&Ride-Stellplatzangebot und geplanter Ausbau in Wien

Grober Korridorvergleich betreffend Versorgung mit Park&Ride

Das aktuelle Wien-affine P&R-Stellplatzangebot außerhalb Wiens (inkl. Provisorien) bezogen auf die jeweilige Gesamtzahl der EinpendlerInnen nach Wien liefert einen groben relativen **Vergleich der Einfahrtskorridore** im Hinblick auf die P&R-Versorgung (siehe folgende Abbildung). Demnach ergibt sich für die Korridore Klosterneuburg, St. Pölten und Mistelbach die vergleichsweise beste Angebotsituation. Am schlechtesten schneiden die Korridore Marchegg, Mödling, Bruck an der Leitha und Stockerau ab. Dem daraus abzuleitenden Ausbaubedarf wird, was den Korridor Mödling anbetrifft, mit rd. 1.650 geplanten und provisorischen P&R- sowie 300 geplanten Bike&Ride-Stellplätzen bereits Rechnung getragen.

Zu den P&R-Standorten in Wien und dem Korridorvergleich innerhalb Wiens ist anzumerken, dass diese Anlagen in einem starken Maß auch von BinnenpendlerInnen in Wien benutzt werden und dass P&R-Stellplätze für die EinpendlerInnen überwiegend außerhalb Wiens und aus verkehrs- und umweltpolitischen Grundsätzen möglichst nahe am Wohnort zu schaffen sind.

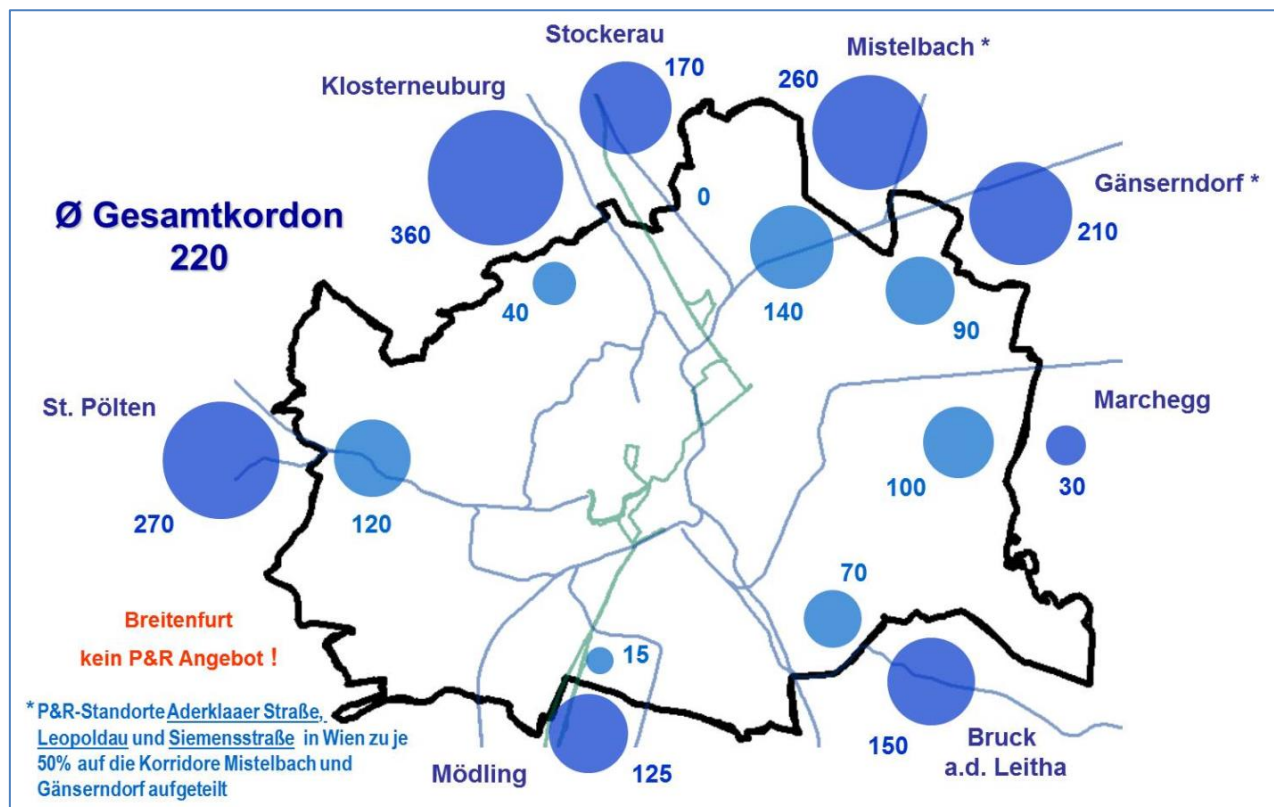


Abb. Korridorvergleich – Wien-affines Park&Ride-Stellplatzangebot pro 1.000 EinpendlerInnen

Bedienungshäufigkeit und Auslastung entlang der ÖV-Hauptachsen

Eine Gegenüberstellung der Sitzplatzkapazität im ÖV mit der Anzahl der Fahrgäste an der Wiener Stadtgrenze in Fahrtrichtung stadteinwärts nach Einfahrtskorridoren über einen gesamten Werktag (Mo bis Fr) zeigt sowohl im Zug- als auch im Busverkehr erwartungsgemäß keine Kapazitätsengpässe.

Ein differenzierteres Bild liefert allerdings die Auswertung für die jeweilige Hauptverkehrszeit (HVZ) bzw. Spitzenstunde. Im Gegensatz zum Linienbusverkehr, wo auch in der Spitzenstunde ausreichend freie Sitzplatzkapazitäten in sämtlichen Korridoren vorhanden sind, ergeben sich im Zugverkehr in den Korridoren Stockerau, Mistelbach und vor allem im Korridor Gänserndorf Auslastungen nahe und teilweise über 100% der Sitzplatzkapazität und demzufolge Fahrgäste ohne Sitzplatz.

Am häufigsten treten die Spitzenauslastungen in den Zügen zwischen 6:30 und 7:30 Uhr auf. Beschränkt sich die über 100%-Sitzplatzauslastung bei den Korridoren Stockerau und Mistelbach auf jeweils eine Viertelstunde innerhalb der Spitzenstunde, so ist beim Korridor Gänserndorf diese Überbelegung auch im Mittel über die gesamte Spitzenstunde (115%) gegeben. Unter den restlichen sind die Korridore Mödling mit 78% und der Korridor Klosterneuburg mit 68% jene mit der höchsten Auslastung.

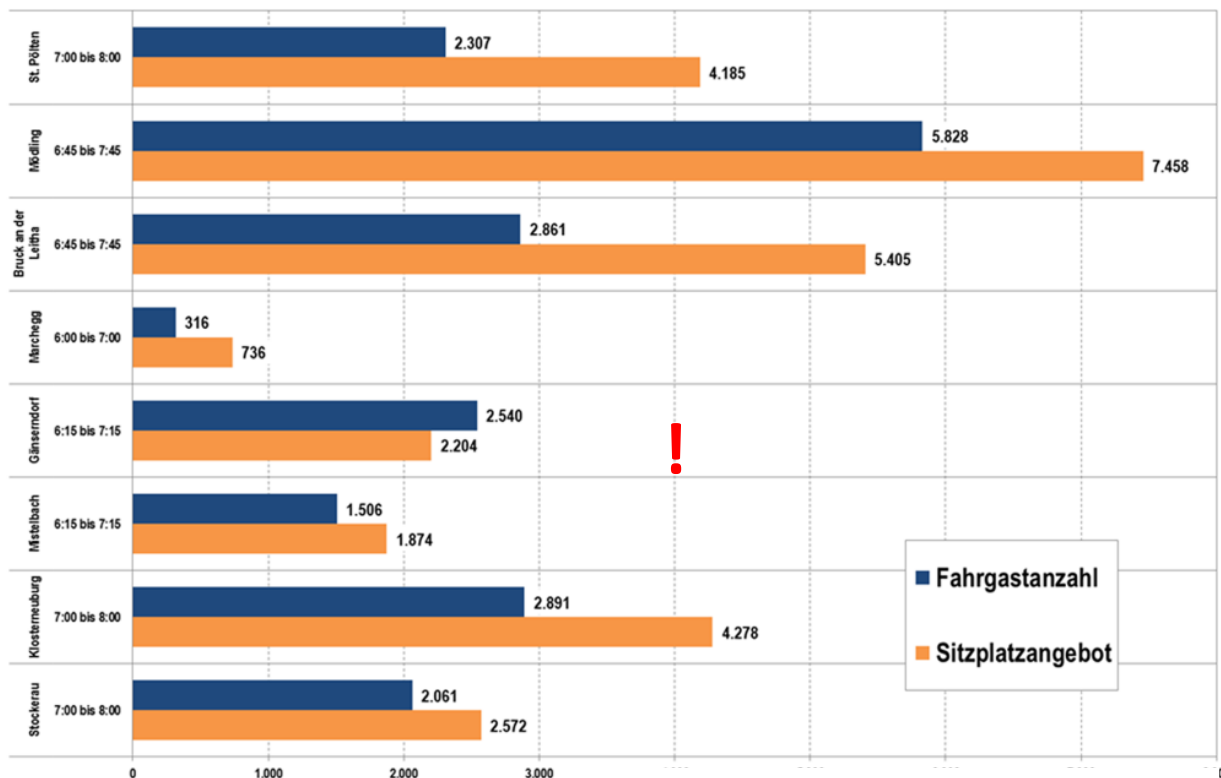


Abb. Schiene – Sitzplatzauslastung (HVZ) an der Stadtgrenze Wien, stadteinwärts in der jeweils höchstbelasteten Stunde

! – Auslastung über die gesamte Spitzenstunde > 100%

Korridorbezogene Detailanalyse

Auf Grund ihrer Bedeutung wurden die Einfahrtskorridore **St. Pölten, Mödling und Stockerau** detailliert analysiert. Dabei wurden, ausgehend von den Quell- /Ziel-Matrizen der MIV-EinpendlerInnen im betrachteten Korridor, schrittweise die Verlagerungspotenziale nach folgenden Kriterien ermittelt:

- Auf der Grundlage der Quell-/Ziel-Matrizen der MIV-EinpendlerInnen im betrachteten Korridor wurden die Quellgemeinden anhand der Linienführung und der Lage der P&R-Standorte des Wien-pendlerrelevanten ÖV-Netzes (Bahn bzw. Linienbus) zu P&R-Teileinzugsbereichen zusammengefasst.
- Für die einzelnen Teileinzugsbereiche wurden Prozentsätze hinsichtlich potenzieller Verlagerbarkeit festgelegt. Das bedeutet, dass Teileinzugsbereiche in unmittelbarer Nähe der ÖV-Hauptlinie zu 100% potenziell auf P&R verlagerbar wären, das Verlagerungspotenzial von weiter entfernt liegenden Bereichen aber nur bei 75-85% liegt. Überlappungsbereiche von benachbarten Korridoren werden zu gleichen Teilen auf die Korridore aufgeteilt.
- Von diesen verlagerbar ermittelten MIV-EinpendlerInnen wurden in einem weiteren Berechnungsschritt nur mehr jene berücksichtigt, die in Wien ihre Arbeits- oder Ausbildungsstätte attraktiv, d.h. entweder direkt oder mit ein- bis maximal zweimaligem Umsteigen auf U-Bahn bzw. S-Bahn fußläufig erreichen. Bei Fahrtrelationen mit Umsteigen in Wien wurde dabei das Verlagerungspotenzial um einen Abminderungsfaktor von 0,6-0,9 verringert. Bei einer direkten Erreichbarkeit (ohne Umsteigen) kommt kein Abminderungsfaktor zum Tragen.

Die Ergebnisse dieser Berechnungen ergeben für den Korridor St. Pölten ein Gesamtpotenzial von rd. 4.750, für den Korridor Mödling von rd. 9.400 und für den Korridor Stockerau von rd. 3.350 MIV-EinpendlerInnen, die hauptsächlich auf P&R verlagerbar wären. Zu bedenken ist, dass die nach Wien führenden ÖV-Hauptlinien in den Quellbereichen aber nicht ausschließlich mit dem Pkw (Park&Ride) sondern auch mit ÖV-Zubringerlinien, mit dem Fahrrad (Bike&Ride) und in einem geringen Ausmaß auch zu Fuß erreicht werden können bzw. sollen.

In den Korridoren St. Pölten und Stockerau sind dies jeweils 20%, im Korridor Mödling mit 24% beinahe ein Viertel der gesamten Menge von MIV-EinpendlerInnen aus dem P&R-Einzugsbereich des Korridors (Kordonerhebung Wien für den MIV 2008) - siehe folgende Tabelle. Ein Ausschöpfen dieses zumutbaren Verlagerungspotenzials brächte demnach substantielle Verbesserung des Modal Splits im pendlerrelevanten Zeitsegment 5 bis 9 Uhr mit sich.

Einfahrtskorridor nach Wien	MIV-EinpendlerInnen im P&R-Einzugsbereich gesamt			Relationsabhängiges P&R-Verlagerungspotenzial			in %		
	NÖ	Bgld	Σ	NÖ	Bgld	Σ	NÖ	Bgld	Σ
St. Pölten	23.722	-	23.722	4.749	-	4.749	20,0%	-	20,0%
Mödling	33.006	6.272	39.278	8.032	1.385	9.417	24,3%	22,1%	24,0%
Stockerau	16.745	-	16.745	3.350	-	3.350	20,0%	-	20,0%

Tab. Korridordetailanalyse - Aus den Verkehrsrelationen (MIV) ermitteltes Park&Ride-Verlagerungspotenzial

Einfahrtskorridor nach Wien – P&R- Teileinzugsbereiche außerhalb von Wien		MIV-EinpendlerInnen	
		absolut	in %
St. Pölten	Westbahn außen - unmittelbarer Einzugsbereich	801	16,9%
	Westbahn außen - näherer Einzugsbereich	80	1,7%
	Westbahn außen - weiterer Einzugsbereich	30	0,6%
	Westbahn Tullnerfeld - unmittelbarer Einzugsbereich	467	9,8%
	Westbahn Tullnerfeld – näherer Einzugsbereich	322	6,8%
	Westbahn innen - unmittelbarer Einzugsbereich	2.038	42,9%
	Westbahn innen - näherer Einzugsbereich	773	16,3%
	Zulaufstrecken	238	5,0%
Mödling	Südbahn innen - unmittelbarer Einzugsbereich	5.351	56,8%
	Südbahn innen - näherer Einzugsbereich	158	1,7%
	Südbahn außen - unmittelbarer Einzugsbereich	1.241	13,2%
	Südbahn außen - weiterer Einzugsbereich	0	-
	Pottendorfer Linie - unmittelbarer Einzugsbereich	1.745	18,5%
	Pottendorfer Linie - näherer Einzugsbereich	84	0,9%
	Aspangbahn - unmittelbarer Einzugsbereich	86	0,9%
	Aspangbahn - näherer Einzugsbereich	9	0,1%
	Mattersburger Bahn - unmittelbarer Einzugsbereich	234	2,5%
	Zulaufstrecken - unmittelbarer Einzugsbereich	158	1,7%
	Zulaufstrecken - näherer Einzugsbereich	0	-
	Schnellbus - unmittelbarer Einzugsbereich	314	3,3%
	Schnellbus - näherer Einzugsbereich	37	0,4%
Stockerau	Nordwestbahn nord - unmittelbarer Einzugsbereich	2.753	82,2%
	Nordwestbahn süd - unmittelbarer Einzugsbereich	28	0,8%
	Nordwestbahn - näherer Einzugsbereich	503	15,0%
	Schnellbus - unmittelbarer Einzugsbereich	63	1,9%
	Schnellbus - näherer Einzugsbereich	3	0,1%

Tab. Park&Ride-Verlagerungspotenziale nach Park&Ride-Einzugsbereichen außerhalb von Wien

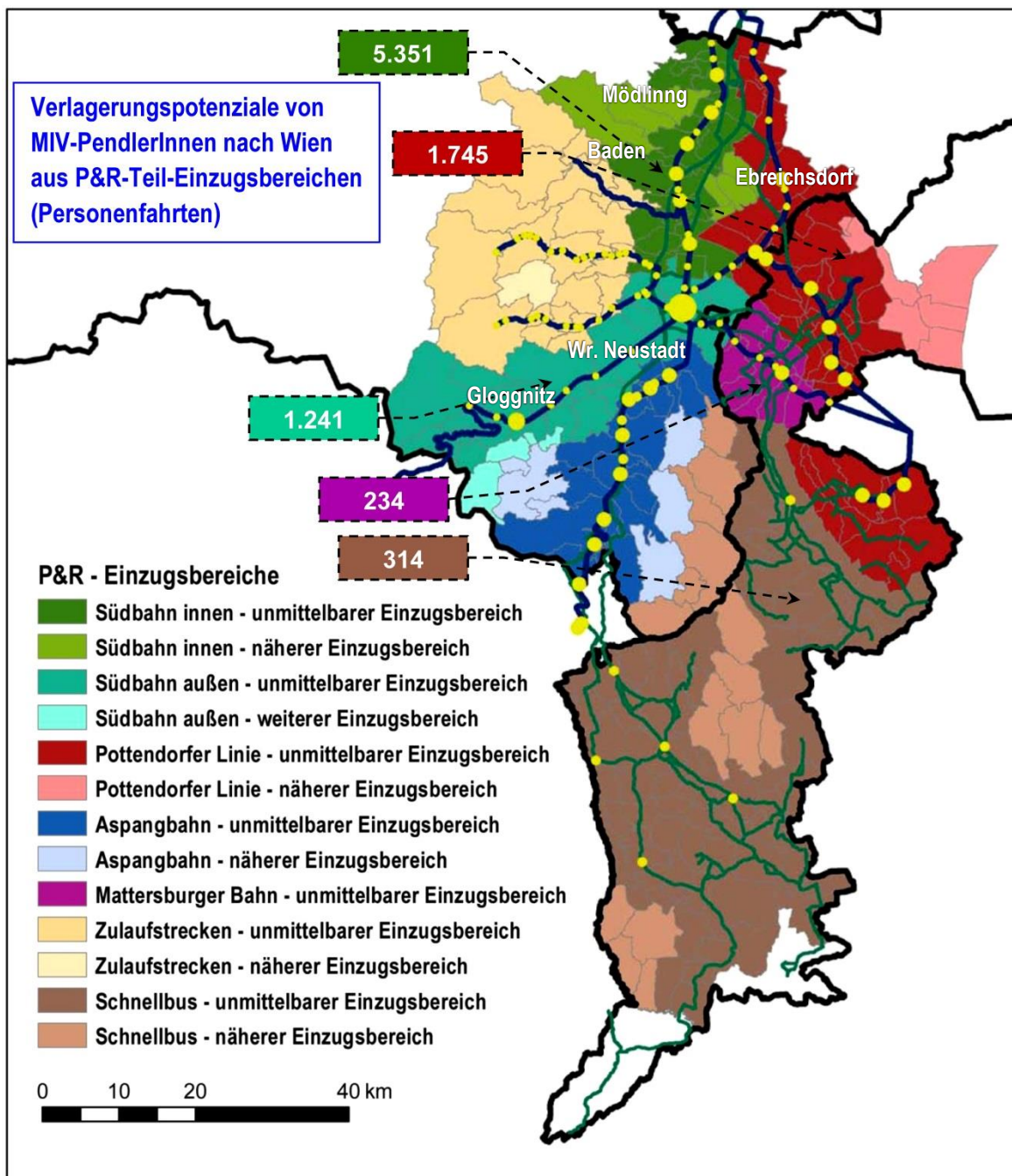


Abb. Einfahrtskorridor Mödling mit seinen P&R-Teileinzugsbereichen und wesentlichen Verlagerungspotenzialen (siehe auch vorige Tabelle)

Vor allem im Teileinzugsbereich „Südbahn innen – unmittelbarer Einzugsbereich“ des Korridor Mödling, einem durchaus urban strukturierten Achsenbereich im näheren Umland von Wien und mit rund 5.300 verlagerungsfähigen MIV-EinpendlerInnen auf die attraktive, mit dichtem Zugsintervall bediente Südbahn, ließen sich auch durch andere Zubringerverkehrsmittel als mit dem Pkw (P&R) Verlagerungspotenziale lukrieren. Hier stellt das Fahrrad bzw. das zu Fuß gehen eine geeignete Alternative im Zugang zum hochrangigen ÖV dar. In Teilbereichen sind jedenfalls auch Angebotsverbesserungen bei den ÖV-Zubringerlinien zu überlegen. Aufgrund seiner teilweise urbanen Struktur mit fehlenden Leerflächen neben den Bahnhöfen und Haltestellen sind einer uneingeschränkten Errichtung weiterer P&R-Stellflächen wirtschaftliche und städtebauliche Grenzen gesetzt.

Die geplanten Intervallverdichtungen an der Badner Bahn zwischen Wr. Neudorf und Baden und Park&Ride-Anlagen an dieser Linie sowie eine Aktivierung der inneren Aspangbahn mit einer Verbindung zur Pottendorfer Linie (Neubau Gleisschleife bei Achau) können auch zu weiteren Verlagerungen vom MIV beitragen.

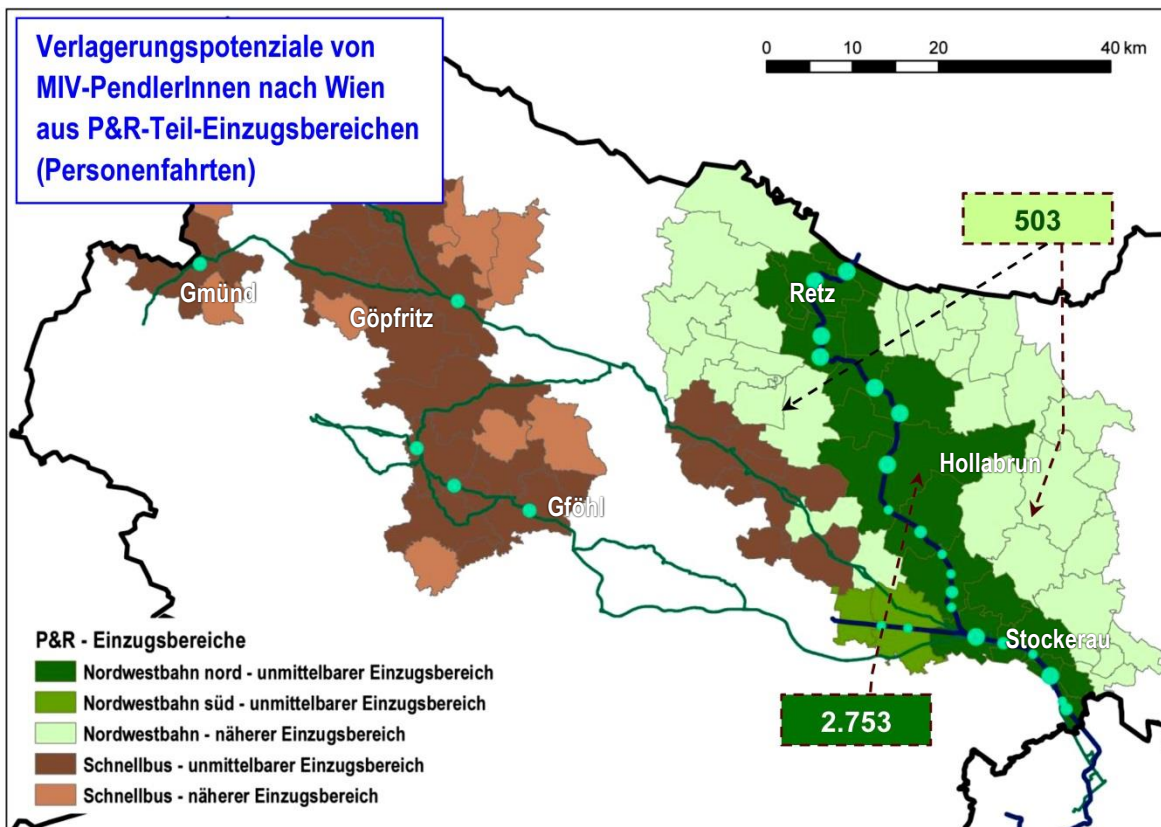
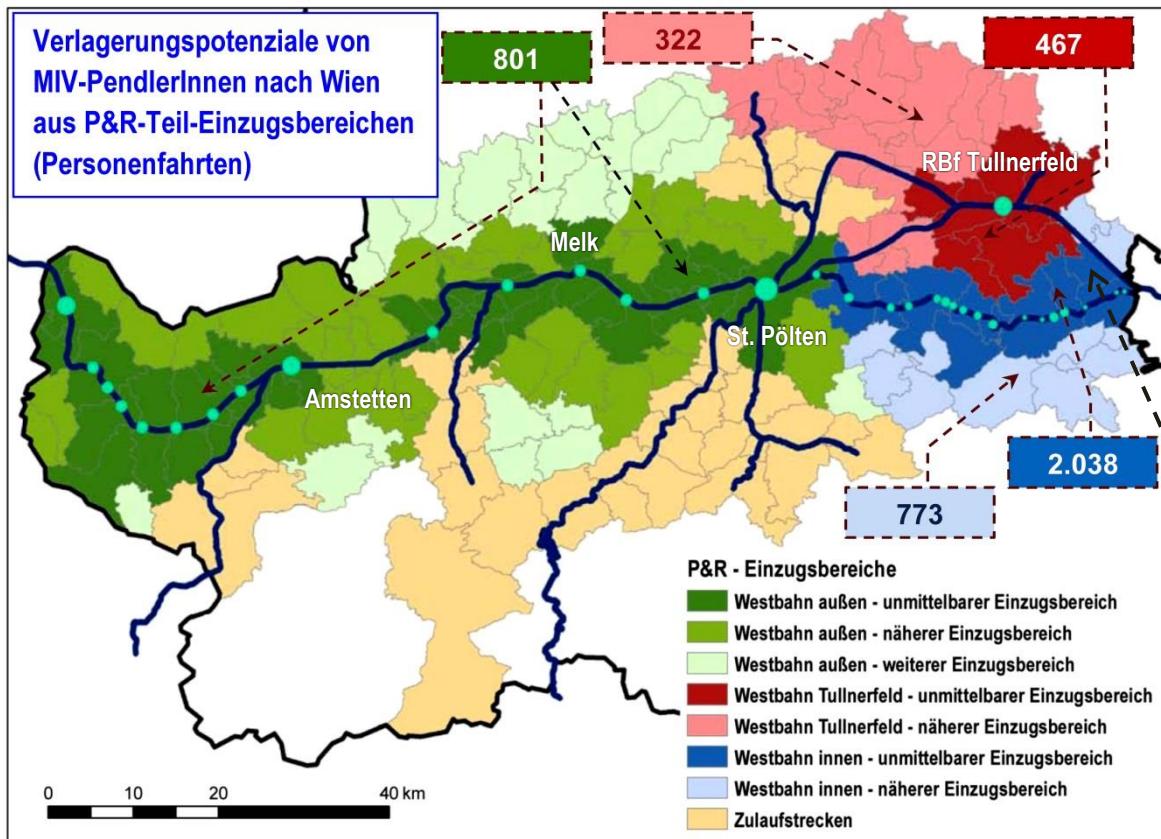


Abb. Einfahrtsskorridore St. Pölten (oben) und Stockerau (unten) mit ihren P&R-Teileinzugsbereichen und wesentlichen Verlagerungspotenzialen - (siehe auch vorige Tabelle)

Die Detailanalyse im Korridor St. Pölten zeigt, dass mit dem kürzlich geschaffenen Park&Ride-Angebot am Regionalbahnhof Tullnerfeld an der neuen Westbahnstrecke im Vergleich zum errechneten Potenzial in den zugehörigen Teileinzugsbereichen (hell- und dunkelrote Bereiche in der vorigen Karte) eine ausreichende Anzahl von P&R-Stellplätzen geschaffen wurde. Entlang der inneren Westbahn zwischen St. Pölten und Wien (dunkelblauer Bereich in der Karte) besteht, vom Potenzial her betrachtet, noch zusätzlicher Ausbaubedarf.

Generell zeigen die Potenzialberechnungen in den drei detailliert untersuchten Korridoren St. Pölten, Mödling und Stockerau, dass sich bereits über 70% der Fahrtziele von verlagerbaren MIV-EinpendlerInnen in Parkraumbewirtschafteten Gebieten in Wien befinden und damit MIV-Pendlerrelationen in noch nicht bewirtschaftete Gebiete in Wien einen nicht mehr allzu hohen Restanteil ausmachen.

Bei den berechneten Potenzialen handelt es sich, was die durch P&R zu erreichende Verlagerung vom MIV zum ÖV anbetrifft, um Maximalwerte. Diese basieren aber auf für die derzeitigen MIV-EinpendlerInnen durchaus zumutbaren Annahmen und stellen Verlagerungs-Zielwerte dar. Zu welchen Anteilen mit dem PKW, mit dem Zubringerbus, mit dem Fahrrad oder zu Fuß die ÖV-Hauptlinie erreicht werden kann, hängt wesentlich von der Lage zu Wien, von der Siedlungsstruktur, von der Qualität der Radverkehrsinfrastruktur sowie der Qualität des ÖV-Angebots auf den Haupt- und Zubringerlinien hinsichtlich Fahrzeit, Vertaktung und Komfort ab. Zusätzlich besteht eine Abhängigkeit von dem im jeweiligen Einfahrtskorridor vorhandenen freien P&R- bzw. Bike&Ride-Stellplatzangebot. Neben diesen „Pull-Effekten“ sind ebenso, wenn auch politisch konflikträchtiger, „Push-Effekte“ durch restriktive Maßnahmen gegenüber dem motorisierten Individualverkehr, wie die aktuelle Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in Wien, entsprechend verlagerungswirksam.

Im Allgemeinen kann gesagt werden, dass P&R und Bike&Ride bei entsprechender Planung, Konzeption und Integration in das Gesamtsystem Öffentlicher Verkehr wichtige Bausteine, wenn auch nicht die alleinigen Lösungen, für Verkehrsprobleme im Berufspendlerverkehr sein können.

Verkehrsthemen

im Rahmen der PGO-Plattform Regionalverkehr

Zusätzlich zum Projekt „EinpendlerInnen nach Wien - Achsenbezogene Untersuchung der Park&Ride-Potenziale“, dessen Zwischen- und Endergebnisse in der PGO-Plattform entsprechend dem jeweiligen Arbeitsfortschritt besprochen wurden, waren auch folgende Themen Gegenstand eingehender Erörterung:

Rad-Langstreckenverbindungen in Wien und Umland:

Wien (MA18) informierte über die Festlegung von 10 Korridoren für diese Langstreckenverbindungen, von denen 9 auch die Wiener Stadtgrenze überschreiten. Angestrebte Qualitätsstandards, Prioritätsstufen, Schnittstellen an der Landesgrenze zu NÖ und Wegweisung für die detailliertere Planung waren dabei ebenfalls wichtige Themen dieser Korridorbearbeitung. Ergänzend dazu berichtete Niederösterreich (Abt. RU7) über grenzübergreifende Abstimmungsaktivitäten zum Radverkehr und über die Förderung des Radverkehrs in NÖ, beispielweise auch über die Planung des Radgrundnetzes in NÖ („RADLgrundnetz“). Eine detaillierte Abstimmung der grenzüberschreitenden Routenführungen dieser Rad-Langstreckenverbindungen mit den angrenzenden Gemeinden wird durch die Abt. RU7 bzw. durch das Stadt-Umland-Management erfolgen.

Nah- und Regionalverkehrsstrategie Ostregion:

Um die länderübergreifende Gesamtsicht zu schärfen und abzustimmen, kamen die Bundesländer Burgenland, Niederösterreich und Wien Mitte 2011 im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost überein, die VOR GmbH (Verkehrsverbund Ostregion) mit der Erarbeitung einer strategischen Grundlage für die Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs zu beauftragen. Neben den Analysen, Zielen und Schwerpunkten der Strategie wurden auch kurzfristige Maßnahmen entwickelt, deren Inhalte und Umsetzungsstand auch in der PGO-Plattform behandelt wurden. Bei diesen Maßnahmen geht es in erster Linie um eine verbesserte Abstimmung („Regelkommunikation“) zwischen den wesentlichen Akteuren des öffentlichen Verkehrs (VOR, Länder, Schienenverkehrsunternehmen etc.) zu jeweils bestimmten Themen- und Fragestellungen, die vor allem die Verbesserung der Angebotsqualität im öffentlichen Verkehr betreffen.

Infrastruktur Needs Assessment Tool (Projekt INAT):

Für den CENTROPE-Raum wurde dieses Projekt mit dem Ziel einer gemeinsamen Infrastruktur- und Verkehrsstrategie sowie einer gemeinsamen Kooperationsagenda mit den CENTROPE-Partnern für den Zeitraum nach 2013 bearbeitet. Im Rahmen der PGO-Plattform erfolgte zwischen Wien, Niederösterreich und dem Burgenland eine Vorabstimmung der vorliegenden Vorschläge und Ergebnisse.

CENTROPE MAP/STATISTICS

Seit 2006 ist das Centrope-Informationssystem unter <http://www.pgo.centropemap.org/> online, besteht mittlerweile aus den Komponenten: CentropeMAP und CentropeSTATISTICS und wird laufend erweitert.

Laufende Instandhaltung:

Die laufenden Instandhaltungsmaßnahmen des Jahres 2012 umfassten die Funktionskontrolle der eingebundenen Web Map Services (WMS), die Verständigung der Partner bezüglich nicht funktionierender Services, die Aktualisierung der Softwarepakete und das Einspielen der notwendigen, von den Herstellern empfohlenen Software-Updates.

CentropeMAP - Weiterentwicklung und Neuerungen 2012

Geoatlas: Die Geoatlas-Daten für die Hintergrundkarte, die in acht verschiedenen Auflösungen für die Darstellung in Maßstäben zwischen 1:25.000 und 1:4.000.000 vorliegt, wurde auch 2012 der jährlichen Aktualisierung unterzogen. Zu diesem Zweck müssen mehrere tausend Einzelbilder automationsgestützt zu größeren Einheiten zusammengefasst werden, da die Anzahl der Bilder, die ein Web Map Service gleichzeitig aufbereiten kann, beschränkt ist und eine Beibehaltung der gelieferten Strukturen die Performance von CentropeMAP unnötig herabsetzen würde.

Baulandumhüllende/Windkraftanlagen:

Die für die Ostregion Österreichs (Wien, Niederösterreich, Burgenland) verfügbaren Layer zu den Themen Baulandumhüllende (getrennt nach Gewerbe- und Industrieauland sowie übrigem Bauland) und Windkraftanlagen wurde auf den Stand 2012 aktualisiert.

Bird Directive und Habitat Directive:

Die Europäische Umweltagentur hat gegen Ende 2012 Daten für die Bird Directive und Habitat Directive (Stand 2011) zum Download freigegeben. Diese Daten wurden statt der bisher vorhandenen Daten neu in CentropeMAP aufgenommen, da nun eine einheitliche Darstellung möglich ist und die Daten zudem für die vier Länder komplett (also nicht nur Centrope-Region) vorliegen.

Somit konnte die systematische Integration weiterer Datenquellen für die Centrope-Region auch im Berichtsjahr 2012 fortgeführt werden.

CentropeSTATISTICS - Weiterentwicklung und Neuerungen 2012

Datenbank:

Die Datenbankstruktur von CentropeSTATISTICS wurde verändert, um das Erstellen von thematischen Karten zu beschleunigen. Bislang wurden die für die Kartenerzeugung notwendigen Attributdaten in eine temporäre Tabelle eingespielt, die dann mit der Geodatentabelle zwecks Kartenerstellung verknüpft wurde. Insbesondere bei großen Datenmengen (über die Gesamtregion in allen vier beteiligten Staaten) kam es dadurch zu längeren Wartezeiten. Nun wurden die Statistikdaten in eine ständig vorhandene Attributtabelle kopiert, was die Rechenzeit etwa um ein Drittel verkürzt und somit die Wartezeit auf die Kartenvorschau selbst bei umfangreichem Datenmaterial auf unter eine Minute drückt. Bei großen Datenmengen wird zudem eine Art „Blockabfertigung“ eingeführt und alle 1.000 Zeilen eine Zwischenabfrage abgesendet, um das Datenvolumen über die Rechenzeit effizienter zu verteilen.

Zusätzliche Tabellenspalten wurden zudem im Backend-Bereich für die Verwaltung der neuen Kartogrammfunktionen angelegt, sodass über die Administrationsoberfläche festgelegt werden kann, für welche Bereiche welche Kombinationen und Arten von Kartogrammen und Symbolsignaturen zulässig sind.

Weitere Daten in CentropeSTATISTICS

Die Daten in CentropeSTATISTICS wurden im Berichtsjahr einem Update unterzogen und sind online verfügbar. Folgende Themenbereiche wurden im Berichtsjahr für CentropeSTATISTICS neu erschlossen:

Number of pupils by ISCED classification
Population Projection 2015-2025 (NUTS 3)
Population projection as index of 2011 population

Alle online verfügbaren Daten können unter folgendem URL abgerufen werden:

<http://www.centropemap.org/wmcs/overview.php>

Mit den neuen Daten wurde die systematische Integration weiterer Datenquellen für die Centrope-Region, sowohl Geodaten (Web Map Services) wie auch Statistik, im Berichtsjahr 2012 in enger Zusammenarbeit mit den Statistikstellen der beteiligten Ländern fortgesetzt.

Verbesserungen der Benutzeroberfläche:

Die Inhalte des einfachen Modus von CentropeSTATISTICS wurden überarbeitet und strukturiert erweitert, sodass dem Benutzer nun mehrere Auswahlmöglichkeiten aus einem erweiterten Themenbereich zur Verfügung stehen.

Erstellung von Kartogrammen und Kartodiagrammen:

Mit CentropeSTATISTICS können nun nicht nur Farbflächendarstellung erzeugt werden, sondern auch Karto(dia)gramme in verschiedenen Ausführungen:

Karte mit Punktsymbolen: für Daten auf Nominal- oder Ordinalskalenniveau. Jeder Punkt symbolisiert, dass ein bestimmtes Attribut vorhanden ist. Die Attributausprägungen unterscheiden sich durch die Symbolfarbe. Es können verschiedene Symbolformen benutzt werden (je Karte jedoch nur eines).

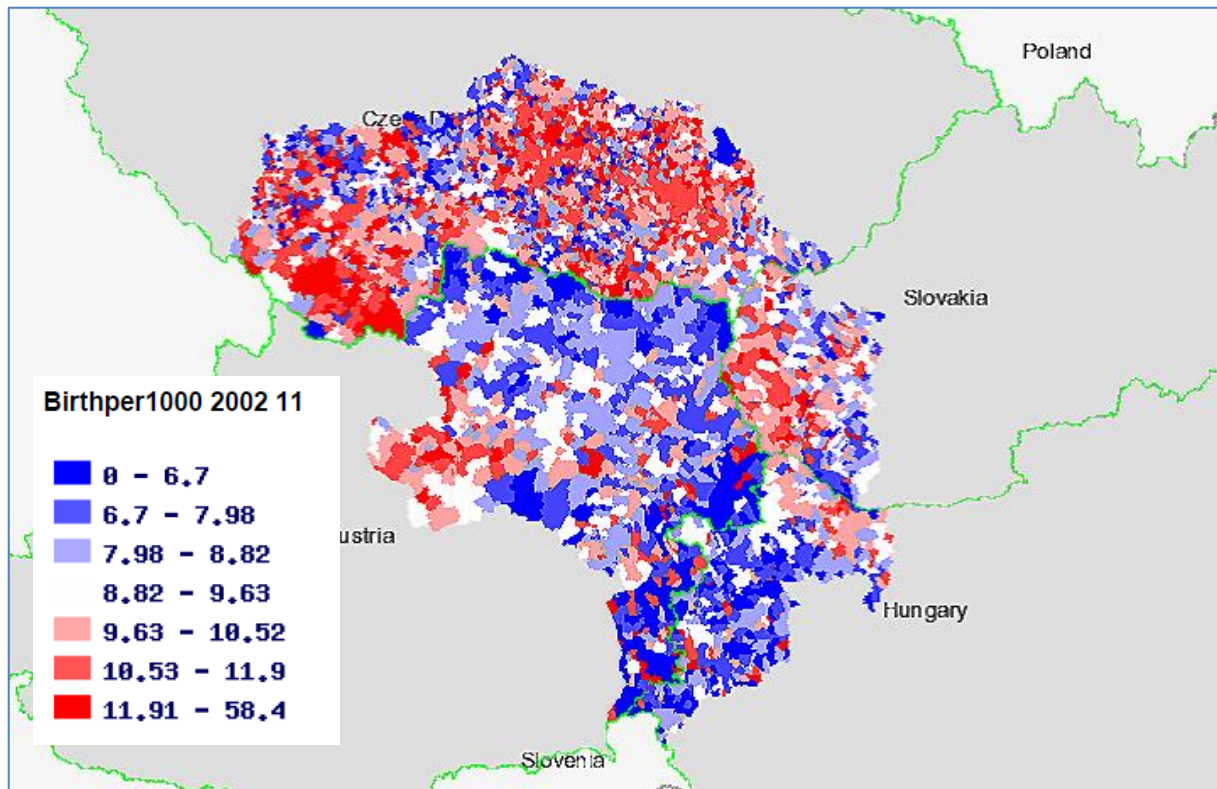
Karte mit unterschiedlich skalierten Punktsymbolen: für eine Datenspalte der Tabelle auf Intervall- oder Ratioskalenniveau, z. B. Anzahl der Schüler pro Gemeinde. Die Symbolgröße gibt die Größe des Zellwerts wieder, Symbolfarbe und Symbolform sind für alle Ausprägungen gleich.

Säulenkartodiagramm: zwei oder mehr thematisch zusammenhängende Spalten werden je Gemeinde als Säulendiagramm dargestellt, z. B. die Anzahl der Lebendgeburten und Sterbefälle. Die Farben je Säule können separat geändert werden, es stehen auch vordefinierte Farbschemata zur Verfügung.

Tortenkartodiagramm: zwei oder mehr thematisch zusammenhängende Spalten werden je Gemeinde als Tortendiagramm dargestellt. Voraussetzung ist, dass diese zusammenhängenden Spalten in Summe 100 % ergeben, z. B. Anteil von männlicher und weiblicher Bevölkerung. Die Farben je „Tortenstück“ können separat geändert werden, es stehen auch vordefinierte Farbschemata zur Verfügung.

Tortenkartodiagramm mit unterschiedlicher Tortengröße: zwei oder mehr thematisch zusammenhängende Spalten werden je Gemeinde als Tortendiagramm dargestellt. Voraussetzung ist, dass diese zusammenhängenden Spalten in Summe 100 % ergeben, z. B. Anteil von männlicher und weiblicher Bevölkerung. Die Größe der Torte hängt von einer weiteren Spalte ab, z. B. Gesamtbevölkerung. Die Farben je „Tortenstück“ können separat definiert werden.

Auswertungsbeispiel: Centrope-Region: Geburten/1000 Einwohner im Schnitt der Jahre 2002-2011



Präsentationen und Vorstellungen von CentropeMAP / STATISTICS 2012

- Centrope Spatial Integration Workshop 4, 28. Februar 2012, Szombathely, Ungarn:
- REAL CORP 2012, 14.-16. Mai 2012, Schwechat: Vortrag zum Thema "CentropeSTATISTICS – Working Interactively with Cross-Border Statistic Data"
- INSPIRE-Konferenz, 22. bis 25. Juni 2012, Istanbul, Türkei: Vorstellung im Rahmen eines Workshops
- AGIT, 4.-6. Juli 2012, Salzburg: Vorstellung im Rahmen eines Vortrags
- International Geography Congress 2012, 26.-30. August 2012, Köln, Deutschland: Nennung von CentropeMAP als Best Practice im Rahmen eines Vortrags über Geoinfrastrukturen
- Centrope Day, 25. Oktober 2012, Pamhagen: Rahmen der Ausstellung zur Veranstaltung
- Attract-SEE Initial Conference, 13. Dezember 2012, Laibach, Slowenien: vor einem breiten Publikum aus Zentral-, Süd- und Osteuropa.

Workshops und Schulungen 2012

Workshop CentropeSTATISTICS in Schwechat

Vorstellung, Einführung und Einschulung von CentropeSTATISTICS für das Land Wien (Wien)

Vorstellung, Einführung und Einschulung von CentropeSTATISTICS für das Land Burgenland (Eisenstadt)

Vorstellung, Einführung und Einschulung von CentropeSTATISTICS für das Land Niederösterreich (St. Pölten)

Zukünftige EU-Fördermöglichkeiten für Städte bzw. städtische Agglomerationen für die Periode 2014-2020

Ausgangslage und Aufgabenstellung

Europäische Städte werden in Zukunft vermehrt Herausforderungen bewältigen müssen, die nicht von ihnen innerhalb der eigenen Stadtgrenzen allein, sondern am besten mit ihren umgebenden Agglomerationsräumen gemeinsam bewältigt werden können. Im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik 2014-2020 werden die Weichen für die zukünftigen EU-Strukturfonds und damit für die zukünftige EU-Strukturförderlandschaft gestellt.

Seitens der Geschäftsstelle der PGO wurde daher entschieden, eine Untersuchung an das KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung in Auftrag zu geben, welche die zukünftige EU-Fördermöglichkeiten für städtische Agglomerationen und Städte ab der Förderperiode 2014-plus ausloten sollte.

Im Rahmen der Untersuchung wurden umfangreiche Unterlagenrecherchen und Auswertungen sowie auch Interviews mit ausgewählten ExpertInnen in Österreich und in der Europäischen Kommission durchgeführt und darauf aufbauend sollte vom Auftragnehmer auch eine Einschätzung hinsichtlich Programmierung der kommenden Förderperiode und Handlungsempfehlungen für eine mögliche Inanspruchnahme zukünftiger Fördermittel ausgearbeitet werden. Diese Bearbeitung wurde auch von einer Gruppe aus fachlich kompetenten LändervertreterInnen begleitet. Die Projektbearbeitung durch das KDZ wurde im Sommer 2012 abgeschlossen.

Ergebnisse der Recherchen

Mit den Verordnungsvorschlägen zur EU-Kohäsionspolitik 2014-2020 will die Europäische Kommission die „städtische Dimension“ im Bereich der territorialen Entwicklung v.a. durch die Fokussierung auf eine nachhaltige Stadtentwicklung priorisieren: Hervorzuheben ist dabei eine Zweckbindung von mindestens 5% der EFRE-Mittel (Mittel des Europ. Fonds für Regionalentwicklung) für nachhaltige integrierte Stadtentwicklung in den jeweiligen Mitgliedsstaaten.

Bleibe es allerdings bei der Minimalvariante von 5% Zweckbindung an EFRE-Mitteln für integrierte Stadtentwicklung, ergäbe dies für ganz Österreich ein relativ beschränktes geschätztes Volumen von etwa 20 Mio. Euro; ausgehend von einer deutlichen Mittelreduktion gegenüber 2007-2013 (Stand März 2013). Würde beispielsweise Wien im Rahmen eines eigenen operationellen Programms (OP) diesen Betrag in städtische integrative Maßnahmen einsetzen, wären die Mindestanforderungen für Österreich erfüllt. Das KDZ kommt auch zum Schluss, dass die Entscheidung, inwieweit Städte und städtische Agglomerationen von den künftigen Fördermitteln profitieren werden können, in der Verantwortung der jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten, insbesondere bei der Ausgestaltung ihrer „Operationellen Programme“ (OP) liegt.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des gegenständlichen Berichtes kalkulierte der Auftragnehmer KDZ für die Bundesländer Burgenland, NÖ und Wien für die Periode 2014-2020 insgesamt rund 249 Mio. Euro an EFRE-Mitteln. Auch diese Schätzung geht von den österreichischen Strukturfondsmitteln der aktuellen Förderperiode aus.

Diese Mittel unterliegen verschiedenen Zweckbindungen gemäß den 11 Zielen mit den Investitionsprioritäten der EU-Verordnungsentwürfe zur Kohäsionspolitik.

Mindestens 80% dieser Mittel sind gemäß EFRE-VO insgesamt für

- die Priorität 1 („Stärkung von Forschung, Entwicklung und Innovation“),
- die Priorität 3 („Wettbewerbssteigerung von KMUs“) und
- die Priorität 4 („Förderung der CO₂-Reduktion in allen Bereichen der Wirtschaft“) zu verwenden. Das wären etwa 199 Mio. Euro für die Summe der 3 Bundesländer der Ostregion. Für die Priorität 4 sind mindestens 20% zu verwenden.

Für die restlichen 8 Ziele/Prioritäten verbleiben insgesamt 20% (geschätzt maximal 50 Mio. Euro), wovon in einigen Prioritäten städtische Gebiete explizit angesprochen werden.

Beurteilung von Förderoptionen für Städte und städtische Agglomerationen

Für Städte und städtische Agglomerationen wurden 3 Förderoptionen beurteilt:

- (1) Einzelprojekte/Programme im Rahmen der Prioritäten (Bsp. Urban plus/Graz) – keine prioritätsübergreifenden Projekte möglich
- (2) Integrierte territoriale Investitionen (ITI) – prioritäts- und fondsübergreifende Projekte möglich
- (3) 10 Prozent-Mittelverschiebung/-übertragung, welche OP-übergreifende Projekte/Programme im Rahmen einer Prioritätsachse ermöglicht.

Dabei kommt das KDZ zum Schluss, dass für Städte und städtische Agglomerationen die Förderoption (1) das höchste Potenzial ergibt. Die Ausnahmen bilden hier bundesländerübergreifende Agglomerationen, wie Wien und Salzburg, für die die Option (3) mit einer 10 Prozent-Regelung für die Mittelübertragung eine empfehlenswerte Alternative (bei 9 Bundesländer-OPs) darstellen könnte.

Diese Regelung gemäß Art. 60 des EU-VO-Entwurfes über die gemeinsamen Fondsbestimmungen besagt, dass maximal 10% der Mittel für eine Zielpriorität der EFRE-VO für Maßnahmen außerhalb des geografischen Wirkungsbereiches des eigenen OPs verwendet werden können. Mit dieser Option (3) wären gemeinsame Projekte mit bereits erprobten Förderinstrumenten im Agglomerationsraum Wien länderübergreifend und daher auch für die Planungsgemeinschaft Ost möglich (z.B. Projekte zur nachhaltigen Mobilitätsentwicklung und zur CO₂-Reduktion). Derartige zukünftige gemeinsame Projektvorhaben der drei Bundesländer der Ostregion müssten allerdings in den getrennten Bundesländer-OPs entsprechend thematisch bereits berücksichtigt werden. Bei einer damals im Raum stehenden Einigung auf ein gemeinsames österreichweites Programm bietet diese Regelung keine Möglichkeit und Vorteile, weil in diesem Fall ohnehin bundesländerübergreifende Projekte möglich wären. Die neueren Entwicklungen im STRAT.AT-Prozess weisen allerdings darauf hin, dass ein bundesweites operationelles Programm nicht mehr wahrscheinlich ist.

Der o.a. EU-VO-Entwurf enthält auch das Instrument „Integrierte territoriale Investition“ (ITI), das für integrierte Stadtentwicklungsmaßnahmen gedacht wäre und das die Kombination unterschiedlicher Prioritäten und Fonds (etwa EFRE mit ESF (Europ. Sozialfonds)) ermöglichen würde. Das Instrument ITI weist in der KDZ-Beurteilung aber nur ein geringes Potenzial auf, hauptsächlich weil,

- eine hohe Komplexität von Programmierung und Management damit verbunden ist,
- im Verhältnis dazu aber nur beschränkte Fördermittel für derartige integrierte Maßnahmen zur Verfügung stehen, sowie
- darüber hinaus derzeit für eine Programmierung von ITI in Österreich noch essentielle Informationen fehlen.

Das KDZ weist auch auf das ExpertInnenpapier zum STRAT.AT vom Juni 2012 hin, wo folgende Erfüllungskriterien für ITI angeführt werden:

- ein eindeutig festgelegtes Territorium,
- eine integrierte territoriale Entwicklungsstrategie,
- ein integriertes Maßnahmenpaket und
- Governance-Regeln für die Umsetzung.

Die Erfüllung dieser Kriterien stellt aber gerade den Agglomerationsraum Wien mit seiner äußerst komplexen Struktur und Bundesländer-überschreitenden Ausdehnung vor höchste Anforderungen.

Schlussfolgerungen für die operationellen Programme in den 3 Bundesländern der Ostregion

Im Rahmen des Programmierungsprozesses in den Bundesländern sollten die drei operationellen Programme für die neue Förderperiode zumindest soweit aufeinander abgestimmt werden, dass entsprechende Ziele und deren Investitionsprioritäten sowie die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zusammenpassen und flexibel anwendbar sind, dass sich daraus künftig auch gemeinsame grenzübergreifende Projektvorhaben ableiten und entwickeln lassen.

Eine Anwendung der 10%-Regelung zur bundesländerübergreifenden Mittelübertragung von EFRE-Mitteln wäre, gemäß Vorschlag des KDZ, auch eine Möglichkeit zur Abwicklung geförderter gemeinsamer Bundesländer-grenzen übergreifender Projekte.

PLANUNGSGEMEINSCHAFT OST
Geschäftsstelle